

Beilage zu Zl. BMLFUW-LE.1.4.5/0017-II/3/2011

ÖSTRAT- Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung Arbeitsprogramm 2011ff des Bundes und der Länder

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Die ÖSTRAT-Initiativen gegliedert nach 9 Themenfeldern	6
2.1	Themenfeld: Globale Verantwortung.....	7
2.1.1	Hintergrund.....	7
2.1.2	Herausforderungen und Ziele	8
2.1.3	Initiativen	9
2.2	Themenfeld: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Sozialkapital	11
2.2.1	Hintergrund.....	11
2.2.2	Herausforderungen und Ziele	12
2.2.3	Initiativen	13
2.3	Themenfeld: Nachhaltigkeit auf lokaler und regionaler Ebene.....	17
2.3.1	Hintergrund.....	17
2.3.2	Herausforderungen und Ziele	18
2.3.3	Initiativen	19
2.4	Themenfeld: Ökoeffizienz und Ressourcenmanagement durch nachhaltige Mobilität, Konsum- und Produktionsmuster.....	21
2.4.1	Hintergrund.....	21
2.4.2	Herausforderungen und Ziele	21
2.4.3	Initiativen	24
2.5	Themenfeld: Verantwortungsvolle Unternehmen (CSR) als Erfolgsfaktor für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich	32
2.5.1	Hintergrund.....	32
2.5.2	Herausforderungen und Ziele	33
2.5.3	Initiativen	34
2.6	Themenfeld: Bildung, Kommunikation und Forschung für nachhaltige Entwicklung	37

2.6.1	Hintergrund.....	37
2.6.2	Herausforderungen und Ziele	38
2.6.3	Initiativen	38
2.7	Themenfeld: Good Governance – Qualitätsvolle Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft.....	47
2.7.1	Hintergrund.....	47
2.7.2	Herausforderungen und Ziele	48
2.7.3	Initiativen	49
2.8	Themenfeld: Öffentliche Gesundheit, Prävention und Altern*	54
2.8.1	Hintergrund.....	54
2.8.2	Herausforderungen und Ziele	54
2.8.3	Initiativen	55
2.9	Themenfeld: Arbeit unter fairen Bedingungen für alle*	59
2.9.1	Hintergrund.....	59
2.9.2	Herausforderungen und Ziele	59
2.9.3	Initiativen	59

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung der ÖSTRAT-Initiativen zwischen Bund und Ländern	6
--	---

*) Die Themenfelder 8 und 9 sind auf Basis des Ministerratsbeschlusses 2010 dazugekommen und bilden vorerst ausschließlich Bundesinitiativen ab.

1 Einleitung

Nachhaltige Entwicklung ist ein Hauptziel aller Politikbereiche der Europäischen Gemeinschaft, das im Vertrag festgelegt ist. Sie basiert auf einer umfassenden Bewahrung der ökologischen Grundlagen in Verbindung mit sozialer Ausgewogenheit und wirtschaftlicher Prosperität. Nachhaltige Entwicklung strebt die kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität und des Wohlstandes auf unserem Planeten an, für die heute lebenden wie auch die künftigen Generationen. Es geht um die Bewahrung der Fähigkeit der Kulturlandschaften und Ökosysteme, das Leben in all seiner Vielfalt zu beherbergen. Nachhaltige Entwicklung baut auf den Grundsätzen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Grundrechte, wozu Freiheit, Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern gehören. Sie führt zu Solidarität innerhalb und zwischen den Generationen. Bedingungen der nachhaltigen Entwicklung sind eine dynamische Wirtschaft mit Vollbeschäftigung, ein hohes Maß an Bildung, Schutz der Gesundheit, sozialer und territorialer Zusammenhalt und Umweltschutz in einer friedlichen und sicheren Welt, in der die kulturelle Diversität geachtet wird.

Nachhaltige Entwicklung hat in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise haben gezeigt, dass Nachhaltigkeit auch für unsere Finanzsysteme und die Wirtschaft von zentraler Bedeutung ist. Daher ist von entscheidender Bedeutung, dass jedwede Maßnahme zur Unterstützung der Realwirtschaft und zur Abfederung der sozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise mit den langfristigen Zielen vereinbar ist. Die Krisen müssen dazu genutzt werden, die finanzielle, soziale und ökologische Dimension der Nachhaltigkeit zu fördern und eine wissenschaftsbasierte, ressourceneffiziente, sozial gerechte Wirtschaft mit geringem CO₂-Ausstoß zu entwickeln, die zudem Integration in der Gesellschaft gewährt. Soziale und globale Themen wie Forschung und gesellschaftliche Innovation, Bildung und Bewusstseinsbildung, Prävention und Bekämpfung der Armut sowie Sicherung des sozialen Zusammenhalts, der Sozialschutzsysteme (Gesundheitsdienst- und Sozialleistungen, Pensionen, Pflegevorsorge) und der Arbeit unter fairen Bedingungen gewinnen an Aktualität. Auch dem Kampf gegen den Klimawandel wird weltweit immer mehr Beachtung geschenkt. Er allein kann nicht gleichgesetzt werden mit nachhaltiger Entwicklung. Die Knappheiten im Bereich natürlicher Ressourcen und Energieträger erfordern zunehmend Entscheidungen für veränderte Konsum- und Produktionsmuster.

Das vorliegende Arbeitsprogramm 2011ff zur Umsetzung der gesamtösterreichischen Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes und der Länder greift viele dieser Themen auf und erläutert die konkreten Herausforderungen und mittelfristige Ziele in neun stark zusammenhängenden Themenschwerpunkten. Sie wurden in den Gremien der Nachhaltigkeitskoordination auf Bundes- und Länderebene (NachhaltigkeitskoordinatorInnen-Konferenz, Komitee für ein nachhaltiges Österreich, Forum nachhaltiges Österreich) breit abgestimmt. Einige Themen werden im vorliegenden Arbeitsprogramm bewusst nicht vertieft, weil sie bereits in anderen Koordinationsprozessen und Programmen bereits intensiv bearbeitet werden (z.B. Klimastrategie).

Das Arbeitsprogramm wird mittels Initiativen umgesetzt, die für eine besondere Qualität der Zusammenarbeit stehen. Diese wurden mit Ausnahme der Themenfelder 8 und 9, die vorerst Bundesinitiativen abbilden, den Prinzipien von Subsidiarität und Eigenverantwortung folgend in enger Zusammenarbeit von Bund und Ländern konzipiert.

ÖSTRAT-Initiativen folgen dem Grundsatz der Ganzheitlichkeit, in dem sie ein hohes Potential für die Lebens- und Umweltqualität sowie für die Sicherung eines international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandortes aufweisen. Sie sollen positive Wirkungen auf die nächsten Generationen und die globale soziale Gerechtigkeit entfalten. Initiativen weisen ein bedeutendes Synergiepotenzial auf und zeichnen sich durch Vorbildwirkung und Innovationskraft aus. Sie müssen von einer zuständigen Stelle (OwnerIn) federführend verantwortet werden und von mindestens einem weiteren Bundesministerium und/oder einem weiteren Bundesland mitgetragen werden. Zusätzliche PartnerInnen aus dem Bereich zivilgesellschaftliche Organisationen, Interessensvertretungen bzw. Einrichtungen ohne kommerzielles Interesse sind sehr willkommen. OwnerInnen müssen dafür sorgen, dass die Initiative ausreichend Unterstützung erhält und mittel- bis langfristig verfolgt bzw. umgesetzt wird. Sie dienen als AnsprechpartnerIn für Interessierte (z.B. aus Politik, Verwaltung, NGOs) und als Kontaktstellen für allfällige künftige PartnerInnen.

Die Darstellung der Initiativen erfolgt themenbezogen in einer Kurzbeschreibung und mit Hinweisen auf den Mehrwert für die Umsetzung der gesamtösterreichischen Nachhaltigkeitsstrategie, der in Folge der kooperativen Zusammenarbeit entsteht.

2 Die ÖSTRAT-Initiativen gegliedert nach den 9 Themenfeldern

Das vorliegende gemeinsame ÖSTRAT-Arbeitsprogramm des Bundes und der Länder (AP 2011ff) wurde in intensiver Kooperation zwischen Bundesressorts und Länderverwaltungen entwickelt. Ein Meilenstein auf dem Weg zu diesem Arbeitsprogramm war die „Plattform-ÖSTRAT“ im Herbst 2010, auf der die Initiativideen vorgestellt und diskutiert und PartnerInnen für Kooperationen gesucht wurden. In Folge dieses 2 tägigen Initiativengenerierungsprozesses wurden die Ideen und Inputs gesammelt und verschriftlicht, sodass sie in den folgenden Monaten in mehreren Feedbackschleifen mit den InitiativeneignerInnen (OwnerInnen), dem Komitee Nachhaltiges Österreich und dem Forum Nachhaltiges Österreich abgestimmt und verdichtet werden konnten.

Das AP 2011ff ist ein dynamisches Arbeitsprogramm, in das jährlich neue Initiativen eingebracht werden können. Damit dies koordiniert stattfindet soll die „Plattform-ÖSTRAT“ den Zeitpunkt für die Erweiterung des AP 2011ff markieren.

Das ÖSTRAT-AP 2011ff umfasst derzeit **45 Initiativen in 9 Themenfeldern**. Die Bundesländer arbeiten an **40** und die Bundesministerien an **37** Initiativen als OwnerInnen oder PartnerInnen mit. Von den 45 Initiativen sind 57% bewährte und erfolgreiche ÖSTRAT-Initiativen, die bereits 2009/2010 bearbeitet wurden und nun weiterentwickelt werden, sowie 43% neue Initiativen.

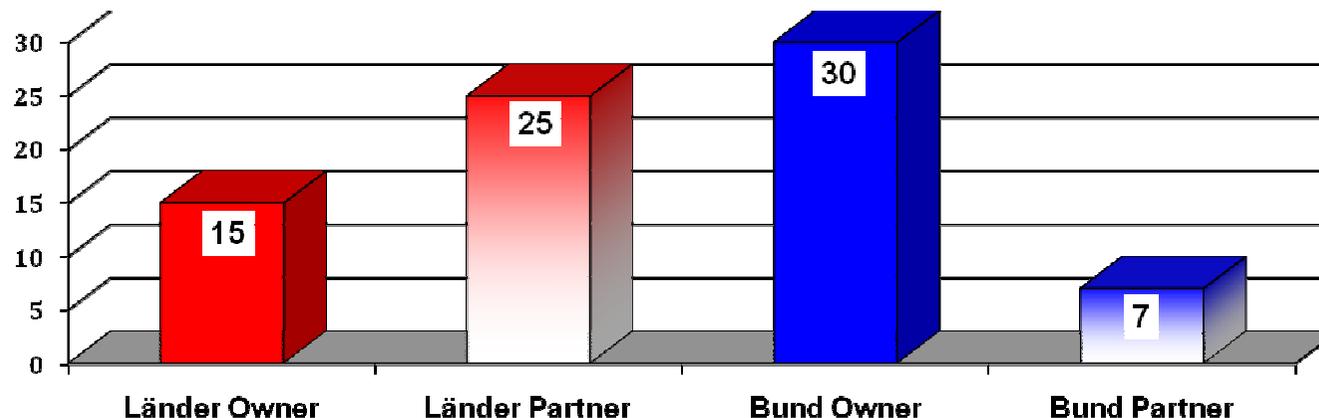


Abbildung 1: Verteilung der ÖSTRAT-Initiativen zwischen Bund und Ländern

2.1 Themenfeld: Globale Verantwortung

2.1.1 Hintergrund

Trends weltweit: Der weltweite Umgang mit Ressourcen ist nicht nachhaltig: heutige Generationen verbrauchen Rohstoffe und Energieträger die künftigen Generationen zur Sicherung ihres Lebensstandards fehlen werden. Die drastischen Unterschiede zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern haben zugenommen und werden zu weiteren Migrationsströmen führen. Der dramatische Anstieg der Preise für Nahrungsmittel und Rohstoffe in den letzten Jahren, der nicht allein durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage erklärt werden kann, hat die Situation weiter verschärft und zeigt, dass die Abläufe und Regeln der globalen Finanzmärkte mit den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang gebracht werden müssen. Die immer breiter werdende Kluft zwischen Arm und Reich bzw. zwischen Nord und Süd gefährden die Lebensqualität heutiger und künftiger Generationen. Daher ist eine soziale Fairness auf globaler Ebene erforderlich.

Nachhaltige Entwicklung in der EU: Die EU-Staats- und Regierungschefs bekräftigten im März und Juni 2010 im Zusammenhang mit dem Beschluss der Europa 2020 Strategie die Notwendigkeit der Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität und der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen als Grundvoraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung. Wachstum soll demnach in Zukunft intelligent, nachhaltig und integrativ sein und dementsprechend auch umwelt- und sozialpolitische Herausforderungen berücksichtigen. Die Kernziele umfassen Bildung, Forschung, Klima und Energie, Beschäftigung und Armutsbekämpfung, die Leitinitiativen unter anderem die Ressourcenschonung. Schon im Dezember 2009 bestätigte der Europäische Rat, dass nachhaltige Entwicklung auch im Rahmen des Vertrags von Lissabon ein grundlegendes Ziel der EU darstellt. Inwieweit diesem Ziel in Zukunft mit einer eigenen Strategie Rechnung getragen werden soll oder ob die EU 2020 als einziges übergreifendes Instrument bestehen wird, bleibt vorerst offen. Ziel der ÖSTRAT ist es, europäische Nachhaltigkeitspolitik in Österreich umzusetzen und zu konkretisieren.

Rio +20: Auf Initiative Brasiliens wurde im Rahmen der UN-Generalversammlung beschlossen, anlässlich der 20-Jahr-Feier der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 im Juni 2012 eine hochrangige Konferenz zu veranstalten, die sich mit den aktuellen weltweiten Herausforderungen im Bemühen um nachhaltige Entwicklung auseinandersetzt. Auf der einen Seite konzentrieren sich die Diskussionen auf die Thematik der "Green Economy", auf der anderen Seite möchte man der zunehmenden Fragmentierung auf UN-Ebene entgegenwirken, um die Umsetzung effizienter zu gestalten und Politikkohärenz zu fördern (global good governance).

Institutionelle Lücken: Der Globalisierung der Wirtschaft steht bisher keine ausreichende Globalisierung der Sozial- und Umweltstandards gegenüber. Obwohl man in den letzten 20 Jahren die Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards vorantreiben und auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen konnte, besteht weiterhin Handlungsbedarf in Hinblick auf Effizienz und Kohärenz. Dementsprechend sind bestehende Mechanismen und Instrumente einer weltweiten Zusammenarbeit für Nachhaltige Entwicklung zu verbessern und auszubauen.

Globale Verantwortung Österreichs: Im Bekenntnis zum Beschluss der Millennium Development Goals verpflichtet sich Österreich dazu beizutragen, die extreme Armut und den Hunger in der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren, die Kindersterblichkeit, HIV/AIDS, Malaria und andere schwere Krankheiten zu bekämpfen, Gesundheitsvorsorge und Schulbildung zu fördern sowie zur Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rolle der Frauen beizutragen. Dazu sind globale Entwicklungspartnerschaften vorgesehen. In allen Bundesländern liegen Beschlüsse zu den Zielen des Global Marshall Plans vor.

2.1.2 Herausforderungen und Ziele

- **International aktiv:** Im Rahmen der Doha Development Agenda (DDA) werden das rechtliche Verhältnis zwischen bestehenden WTO- Regeln und Handelsbestimmungen in multilateralen Umweltabkommen (MEAs) die Liberalisierung von Umweltgütern- und Dienstleistungen sowie Verfahren für den regelmäßigen Informationsaustausch zwischen MEA Sekretariaten und relevanten WTO Komitees bzw. Kriterien für die Teilnahme von MEA Sekretariaten als Beobachter bei WTO-Meetings als Verhandlungspunkte diskutiert. In diesem Zusammenhang setzt sich Österreich für die Berücksichtigung von Umweltagenden sowie Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in den WTO-Verhandlungen ein. In der OECD tritt Österreich für die Integration des Konzepts der Nachhaltigen Entwicklung in die Kernbereiche- und Aktivitäten der Organisation ein. So werden im Rahmen des jährlichen Treffens der OECD-NachhaltigkeitsexpertInnen (AMSDE-Annual Meeting of Sustainable Development Experts) unter österreichischer Federführung die Optionen zur Institutionalisierung der Nachhaltigkeitsprüfung (Sustainability Impact Assessment) in der OECD erarbeitet und Projekte zum Capacity Building für Nachhaltigkeitsprüfung in den OECD Ländern umgesetzt. In der Diskussion zum Thema Umweltverträgliches Wachstum (Green Growth) betont Österreich die Notwendigkeit, über die Aspekte Wirtschaftswachstum und Ökologie hinaus auch die soziale Dimension, Verteilungsfragen, den Beitrag der Bildungspolitik sowie die Rolle der Finanzmärkte zu integrieren.
- Österreich unterstützt internationale Bestrebungen zur Ergänzung des BIP (Bruttoinlandsprodukt) um weitere Indikatoren, um Wohlstand und Lebensqualität abzubilden. In der EU und der OECD arbeiten ExpertInnen aktiv an diesen Definitionen, die das BIP als Vergleichsmaß von Volkswirtschaften trotz seiner offensichtlichen Schwächen (z.B. keine Internalisierung externer Umweltkosten, positive Auswirkungen von Unfällen und Naturkatastrophen) beibehalten, aber durch weitere Messgrößen ergänzen sollen.
- Wachstum hatte und hat Bedeutung für Wohlstand und Beschäftigung: Seine negativen Begleiterscheinungen für die Umwelt ebenso wie die Tatsache, dass trotz Wirtschaftswachstum der Unterschied zwischen arm und reich in vielen Volkswirtschaften größer wird und Frauen z.B. in Österreich weniger verdienen als Männer (Gender Pay Gap) sollen aber nicht außer Acht gelassen werden. Wachstum im Wandel – ein Stakeholderdialog vieler österreichischer Ministerien, Bundesländer und Partnerorganisationen – geht der Frage nach, welches Wachstum wünschenswert ist (Green Jobs z.B.). Wachstum ist demnach – im Gegensatz zur EU 2020 Strategie – kein Ziel an sich, sondern eine mögliche Konsequenz nachhaltigen Wirtschaftens.
- Österreich setzt sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU- und internationaler Ebene ein und unterstützt die Umsetzung völkerrechtlich verbindlicher Sozial- und Umweltstandards. Österreich wird sich dafür einsetzen, einen Diskussionsprozess zu starten, um die rechtliche Verankerung des Zugangs auf Grund- und Boden als Basis der lokalen Bevölkerung für ihre Nahrungsmittelproduktion in Entwicklungsländern abzusichern.
- **Regionale Umsetzung:** EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft sollen die Ziele des Global Marshall Plans verstärkt in ihrem täglichen Handeln berücksichtigen. Dementsprechende Beschlüsse aller Bundesländer liegen vor. Die Verbindungen zwischen globalen Nachhaltigkeitsprogrammen (z.B. Millennium Development Goals, Agenda 21) und Prozessen und Akteuren auf regionaler und lokaler Ebene sollen gestärkt werden.

- **Synergien nützen:** Die Kohärenz zwischen Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Entwicklungspolitik soll gestärkt werden. Zu diesem Zweck sollen die bereits erarbeiteten globalen Politikinstrumente stärker genutzt und miteinander verknüpft werden. Zum einen ermöglicht der Leitfaden "Umwelt und Entwicklung" eine kohärente Prioritätensetzung aller im Entwicklungszusammenarbeits-Kontext tätigen AkteurInnen in Österreich, der vor allem die österreichischen Verpflichtungen im Kontext der multilateralen Umweltübereinkommen ins Zentrum stellt. Zum anderen sieht das, in einem partizipatorischen Prozess unter Teilnahme aller relevanten ExpertInnen und Stakeholdern erarbeitete österreichische Außenwirtschaftsleitbild Nachhaltigkeit als Chance für die österreichische Außenwirtschaft und hat die Förderung der Entwicklung und unternehmerischer Verantwortung als eine der Anforderungen an ein wettbewerbsfähiges Österreich verankert.

2.1.3 Initiativen

Ethik im Tourismus	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2000
OwnerIn der Initiative: BMWFJ	PartnerInnen: BMI, BMEIA, BMJ	
Kurzbeschreibung: Ziel ist es, die Handlungsempfehlungen der Welttourismusorganisation OMT/UNWTO – "Spielregeln" für ethisches Verhalten im Tourismus – umzusetzen. Ziel ist die Erreichung verantwortungsvollen Handelns in den Destinationen, bei den Unternehmen und durch die Reisenden, das sich am Weltkodex für Ethik im Tourismus und dem Verhaltenskodex zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung im Tourismus orientiert.		
Meilensteine:		
<ul style="list-style-type: none"> ➤ EU Projekt Offenders Beware 2008 - 2011 ➤ Laufende Bewusstseinsbildung 		
Wirkungen und Mehrwert:		
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Diskussion auf breiter Basis zur gemeinsamen Bewusstmachung und Umsetzung des Weltkodex für Ethik im Tourismus und des Verhaltenskodex zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung im Tourismus; ➤ Beitrag für sozial verantwortliches Handeln der verschiedenen Akteure aufzeigen 		

Wachstum im Wandel	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2009
OwnerIn der Initiative: BMFLUW	PartnerInnen: BMWFJ, BMASK, BMF, BKA, W, Nö, Stmk, T	
Kurzbeschreibung: Ziel der Initiative ist es, die Frage danach zu stellen, in welchem Verhältnis Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung zueinander stehen. Sie ist als Stakeholder-Dialog angelegt und modular aufgebaut und umfasst eine Reihe von Veranstaltungen		

und Publikationen. Seit einer Startkonferenz im Jänner 2010 befindet sich Wachstum im Wandel in der 2. Arbeitsphase (2010-2012): In dieser sind Folgeveranstaltungen und Kooperationsaktivitäten u.a. mit den bisherigen Bundesländern (NÖ, W sowie neu mit T und Stmk) vorgesehen, geplant ist weiters die Integration von neuen Partner-Organisationen, eine „Policy-Paper-Serie“ mit kleinen Stakeholder-Runden zur Vertiefung von Inhalten, eine englische Buchpublikation, Kommunikationsarbeit, Lobbying und div. Hintergrundgespräche.

Meilensteine:

- Präsentation der Policy Papers, spätestens 1. Quartal 2012
- 2. internationale Konferenz, September 2012
- Konferenz in Kooperation mit der Steiermark, Frühjahr 2013

Wirkungen und Mehrwert:

- Gemeinsame Entwicklung von neuen Sichtweisen und Lösungsansätzen zum Thema Wachstum (z.B. Qualitatives Wachstum)
- Diskussion über makroökonomische Themen, die für einen Systemwandel in Richtung Nachhaltigkeit entscheidend sind

2.2 Themenfeld: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Sozialkapital

2.2.1 Hintergrund

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine mehrdimensionale Zielsetzung, seine Herstellung und Gewährleistung eine permanente Aufgabe, die nicht auf einzelne gesellschaftliche AkteurInnen und Ebenen beschränkt bleiben kann. Die staatliche Verantwortung für den entsprechenden legislativen Rahmen und die ausreichende materielle Basis bildet dabei ein Kernelement.

Demografische Entwicklung: Die bekannten Trends der demographischen Entwicklung stellen Österreich wie viele andere europäische Länder vor große Herausforderungen im sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Vor allem auf regionaler und lokaler Ebene wird die Bevölkerungsentwicklung sehr differenziert verlaufen - Alterung, Bevölkerungswachstum und Bevölkerungsrückgang sind räumlich unterschiedlich ausgeprägt. Die Folge sind steigende Anforderungen unter anderem an die Infrastruktur und das gesellschaftliche Zusammenleben.

Steigende Lebenserwartung: Heute geborene Generationen haben eine gute Chance, ein Alter von bis zu 100 Jahren zu erreichen. Bereits ein Drittel der österreichischen Bevölkerung ist über 60 Jahre jung. Bis 2050 wird fast die Hälfte aller ÖsterreicherInnen mehr als 50 Jahre an Lebenserfahrung mitbringen. Sie haben schon heute weitere 30 bis 40 Jahre an mittlerer Lebenserwartung vor sich. Gleichzeitig leben die Nachkommen der geburtsstarken Nachkriegsgenerationen, die für einen Haushalt mit durchschnittlich knapp drei Kindern sorgten, heute zu einem großen Teil in Single-Haushalten oder Patchwork-Familien. Der zunehmende Anteil an älteren Menschen, die der Betreuung oder der Pflege bedürfen, erfordert eine Vielzahl an Maßnahmen sowohl, was die Unterstützung privater Initiative(n) als auch öffentliche Einrichtungen betrifft.

Sozialkapital: Überall wo Menschen zueinander in Beziehung treten, sei es in Familien, im intergenerationellen Zusammenwirken, in Vereinen, Beteiligungsprozessen oder durch ehrenamtliches, freiwilliges Engagement entsteht Sozialkapital. Sozialkapital kann man auch als „sozialen Kitt“ einer Gesellschaft bezeichnen. Gelingende soziale Beziehungen sind ein wesentlicher Faktor für die individuelle Lebensqualität und die Stabilität einer Gesellschaft. Darüber hinaus bestehen direkte Zusammenhänge von Sozialkapital mit wirtschaftlichem Erfolg (beispielsweise innerhalb einer Region), Gesundheit, Bildung und Sicherheit. Aktuelle Studien zeigen, dass die Abnahme des Sozialkapitals für europäische Wohlstandsgesellschaften charakteristisch ist – es kann jedoch durch gezielte Maßnahmen wie beispielsweise durch die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas für ein vertrauensvolles Miteinander und förderliche Rahmenbedingungen auch wieder aufgebaut werden (z.B. durch Bewusstseinsbildung, Förderung von Engagement, Strukturen wie Nahversorgung, die Treffpunkte für Menschen schaffen). Dadurch wird es auch möglich, die Selbstorganisation und Selbstverantwortung der Menschen zu stärken.

Freiwilligenkultur: Österreich wird in vielen Bereichen von seiner Freiwilligenkultur geprägt. Wie von der Statistik Austria erhoben, leisten 43,8% der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahren in irgendeiner Form Freiwilligenarbeit. Insgesamt engagieren sich knapp 3 Millionen ÖsterreicherInnen ab 15 Jahren freiwillig. Die Bandbreite des freiwilligen Engagements reicht von der Nachbarschaftshilfe über soziale, pflegerische und gesundheitliche Dienste sowie Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, Sport und Kultur bis zu Katastrophenhilfe- und Rettungsdiensten. Bund und Länder fördern dieses Engagement, da der soziale Zusammenhalt gestärkt wird. Gerade das Europäische Jahr der

Freiwilligentätigkeit 2011 trägt dazu bei, die hohe gesellschaftliche Relevanz des freiwilligen Engagements sichtbar zu machen und die Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern. Freiwilligenarbeit kann allerdings nur eine Ergänzung und Bereicherung darstellen und darf kein Ersatz von Leistungen oder Beschäftigung sein.

Migration: Zuwanderung kann einerseits einen Beitrag zur Dämpfung der Folgen der demografischen Entwicklung und zur Stärkung der Wirtschaftskraft leisten, andererseits aber eine zusätzliche Herausforderung für den sozialen Zusammenhalt bilden. Die Tatsache, dass mittlerweile mehr als 15% der österreichischen Bevölkerung im Ausland geboren sind, bildet also Chance und Aufgabe zugleich. Im Mittelpunkt einer nachhaltig erfolgreichen Migrationspolitik muss die Integration der zugezogenen Menschen und ihrer Familienmitglieder stehen, für die der Staat die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen hat.

Chancengleichheit: Strukturelle und systematische Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen ist mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung unvereinbar. Materielle Schlechterstellung, wie sie sich etwa in der höheren Armutsgefährdung von Frauen gegenüber Männern manifestiert, ist ein wesentlicher, wenn auch nicht der einzige Ausdruck dafür.

2.2.2 Herausforderungen und Ziele

- Langfristige Herausforderung ist es, auf die **demografischen Trends zu reagieren**, die Solidarität zwischen den Generationen zu sichern, die Ressourcen aller Bevölkerungsgruppen in allen Lebensphasen zu nutzen (z.B. verstärkte Beteiligung von Menschen im Ruhestand und verstärkte Förderung von Älteren im Arbeitsleben) und entsprechende Anpassungsstrategien umzusetzen (z.B. alters- und familiengerechte sowie geschlechtergerechte Gestaltung des öffentlichen Raums und der Arbeitswelt, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben durch beispielsweise flexible Arbeitszeitmodelle und Väterkarenz). Um die Integration zu unterstützen, sollen Konfliktregelungsmechanismen (z.B. Einsatz von Mediation) etabliert, Barrieren abgebaut und die Verantwortung der Beteiligten gestärkt werden.
- Ziel ist es, flächendeckende Betreuung und Pflege, die **hohen Qualitätsstandards** genügt, auch bei der zu erwartenden zunehmenden Nachfrage zu gewährleisten.
- Die **Chancengleichheit** soll unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Alter, Behinderung oder sexueller Identität langfristig gewährleistet und aufrechterhalten werden.
- **Sozialkapital sichtbar machen und messen:** In Zukunft sollte stärker sichtbar gemacht werden, welche Beiträge von den einzelnen Stakeholdern (Familien, Erwerbstätigen, Unternehmen, NGOs, freiwilliges Engagement, usw.) zum Sozialkapital erbracht werden, gleichzeitig auch Grenzen und mögliche negative Effekte (z.B. Verdrängung regulärer Beschäftigung, Lohndumping, rückläufiges Qualifikationsniveau) in Betracht gezogen werden.
- **Sozialkapital, das einer nachhaltigen Entwicklung förderlich ist**, berücksichtigt die Prinzipien Nähe, Vielfalt, Schutz natürlicher Ressourcen, Mitbestimmung und Langfristigkeit. Übergeordnetes Ziel ist die Stärkung von bürger-/zivilgesellschaftlichem Engagement auf allen Ebenen und die Unterstützung dafür wesentlicher Fähigkeiten (z.B. Fähigkeit zu vertrauensvoller Kooperation, die Beziehungsfähigkeit und die Fähigkeit, soziale Prozesse zu gestalten). Es ist daher ein zentrales gesellschaftliches Anliegen, freiwilliges Engagement für die Zukunft zu sichern und mehr Menschen dazu zu motivieren. Damit dies möglich ist, braucht es geeignete Rahmenbedingungen, Anreize und Initiativen sowie die Schaffung wissenschaftlicher Grundlagen.

2.2.3 Initiativen

Invalidität im Wandel	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2011
OwnerIn der Initiative: BMASK	PartnerInnen: BMG, AUVA, AMS, Sozialpartner	
<p>Kurzbeschreibung: Ziel ist die Erarbeitung von Vorschlägen zu einer Neuordnung des Invaliditätsrechts. Leitender Gedanke dabei ist „Rehabilitation vor Pension“, weshalb auch ein Rechtsanspruch auf Rehabilitation geschaffen wurde. Ziel ist es, die Menschen länger und gesund im Erwerbsleben zu halten und präventiv zu handeln, sodass langandauernden und schweren Erkrankungen bereits im Ansatz vorgebeugt werden kann.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Inkrafttreten der einschlägigen Bestimmungen des Budgetbegleitgesetzes 2011 mit 1. Jänner 2011 ➤ Schrittweise Implementierung des Projekts Fit2work: Start erfolgt 2011 in den ersten 3 Bundesländern (Wien, NÖ und Stmk), danach ist ein jährlicher sukzessiver Ausbau um je 3 Bundesländer geplant. ➤ Vollausbau Fit2work wird 2013 realisiert 		
<p>Wirkungen und Mehrwert:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Nachhaltige Verminderung der Invaliditätspensionen durch wirksamere Prävention und Rehabilitation vor Pension ➤ Nachhaltige Absicherung der Finanzierbarkeit des österreichischen Pensionssystems unter Beachtung sozialer und gleichermaßen auch ökonomischer Gesichtspunkte 		

Aktivitäten zur Förderung von „freiwilligem Engagement“	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2003
OwnerIn der Initiative: BMASK	PartnerInnen: BMG, BMLFUW, Oö, Stmk, W	
<p>Kurzbeschreibung:</p> <p>Durch freiwilliges, ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement wird ein wichtiger Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, eine lebendige Demokratie und zukunftsfähige Entwicklung geleistet. Vielfach geht es darum, durch freiwilliges Engagement Lebensbedingungen zu verbessern und unsere Lebensräume gemeinsam zu gestalten. Der Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist wichtig, um sich über Rahmenbedingungen, die freiwilliges Engagement unterstützen sollen, zu verständigen. Ziel der Initiative ist es, Grundlagenarbeit zu leisten (z.B. Bericht über Situation der Freiwilligenarbeit in Österreich), um damit ein breiteres Bewusstsein für den Wert freiwilligen Engagements für</p>		

die Gesellschaft insgesamt zu schaffen und die Vernetzung zu verstärken.

Meilensteine:

- Auftaktveranstaltung zum EJF 2011 in Salzburg am 16.2.2011
- Sitzungen Nationaler Lenkungsausschuss zum EJF 2011 (2-3 x im Jahr 2011)
- Sitzung des österreichischen Freiwilligenrats (1 x jährlich)

Wirkungen und Mehrwert: Intensivierung von Vernetzungsaktivitäten zum freiwilligen Engagement.

Gender und Umwelt	Status: in Planung	Laufzeit: von 2011 bis 2012
OwnerIn der Initiative: W	PartnerInnen: BMLFUW	
<p>Kurzbeschreibung:</p> <p><i>Hintergrund:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Tradierte Muster führen zu unterschiedlichem Mobilitäts- und Konsumverhalten von Frauen und Männern. In den umweltorientierten Einstellungen und Verhaltensweisen gibt es ein signifikantes Gefälle zwischen den Geschlechtern. ➤ Männer nehmen Umwelt- und Gesundheitsrisiken durch die „männliche Brille“ häufig immer noch anders wahr als Frauen, sind technikorientierter, risikobereiter und legen weniger Wert auf Prävention. ➤ Frauen und Männer haben unterschiedlich guten Zugang zu Forschung und Erwerbsarbeit, und damit auch ungleiche Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung von neuen Produkten und Technologien. <p><i>Ziele:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Männer und Frauen zielgruppengerecht für Umweltproblematiken sensibilisieren ➤ Geschlechterklischees im Umweltschutz als solche erkennen und abbauen <p><i>Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bewusstseinsbildung in der Verwaltung (z.B. Informationsveranstaltung) ➤ Weiterentwicklung von Instrumenten zur Umsetzung von Gender Mainstreaming im Umweltbereich <p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Konzept abgeschlossen (Erarbeitung durch Stadt Wien: Nachhaltigkeitskoordinationsstelle und Projektstelle "Gender Mainstreaming"): Ende 2011 ➤ Weiterentwicklung von Instrumenten zur Umsetzung von Gender Mainstreaming im Umweltbereich abgeschlossen: Mitte 2012 ➤ Informationsveranstaltung für relevante Verwaltungsdienststellen: Mitte 2012 		

Wirkungen und Mehrwert:

- Weiterentwicklung von Instrumenten
- innovativ - hoch aktuell
- Normen und Werte entwickeln (z.B. Rollenzuweisungen, Bilder, Sprache)

Jahr der Freiwilligen/Beratung mit der Bodenkarte; Boden als Indikator für Hochwasserereignisse	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2011 bis 2013
OwnerIn der Initiative: Nö	PartnerInnen: BMWF	
<p>Kurzbeschreibung: Freiwilligenorganisationen sind durch ihre Hilfs- und Beratungsangebote vielfach ein Bindeglied zwischen BürgerInnen und der Gemeindeverwaltung. Sie verfügen über ein Wissen um die örtlichen Gegebenheiten und haben das Potenzial, gesellschaftlich wichtige Aufgaben über lange Zeiträume hinweg kontinuierlich wahrzunehmen. Eine Möglichkeit, dieses Engagement zu würdigen und zu stärken, liegt in der Unterstützung des weiteren Kompetenzaufbaus innerhalb dieser Organisationen und in der Bereitstellung von entsprechenden Instrumenten für Beratungsangebote.</p> <p>Durch Hochwasserkatastrophen ist in den vergangenen Jahren das diesbezügliche Risikobewusstsein und Informationsbedürfnis potenziell Betroffener einerseits und der Gemeinden andererseits gestiegen. Hier tut sich ein erweitertes Betätigungsfeld für Freiwilligenorganisationen auf. Die Bodenkarte bietet sich dabei als ein interessantes Instrument für langfristige Prognosen an: Sie stellt eine bisher ungeahnte, leicht durchschaubare, leicht vermittelbare, kostengünstige und effektive Beratungsbasis dar. Darüber hinaus sensibilisiert ein Blick in die Bodenkarte auch für die Bedeutung des Bodens über die agrarische Produktion hinaus.</p> <p>Daher soll die Verwendung der Bodenkarten für eine Risikobewusstseinsbildung, die Raumplanung und zur Gegenüberstellung mit hydrologischen Modellen näher untersucht und darauf aufbauend ein Beratungstool für ehrenamtliche Stellen im Kommunalen Beratungsdienst entwickelt werden. Dieses soll in Pilotgemeinden getestet, die Wirkungen erhoben und die Übertragbarkeit auf und Potenziale für andere ehrenamtliche Beratungsdienste abgeschätzt werden.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Herbst 2011 – Auswahl von Pilotgemeinden ➤ Ausbildungsblöcke in den Gemeinden (durch BOKU) ➤ Zwischenbericht bei Eröffnung der BOKU in Tulln ➤ März 2012 – 2. Netzwerkveranstaltung „Praxistag zu Nachhaltigkeit und Bodenschutz“ ➤ Ende 2013 – Abschluss Pilotprojekt(e) 		
<p>Wirkungen und Mehrwert:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Integrative Betrachtungsweise einer vielschichtigen, hochaktuellen Herausforderung 		

- Innovative Verknüpfung vorhandener Potenziale
- schafft in der Region Interesse und Bewusstsein für das Zusammenwirken von Natur, Raumplanung und Wirtschaft
- Interesse und Bewusstsein für das Zusammenwirken von Natur, Raumplanung und Wirtschaft

Soziale Produktion	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2011 bis 2013
OwnerIn der Initiative: NÖ	PartnerInnen: Tirol, Burgenland, Stmk	
<p>Kurzbeschreibung: „Soziale Produktion“ stellt ein Modell regionalen Wirtschaftens mit sozialer Komponente dar. Dabei werden nachhaltig designte, sinnvolle und absetzbare (Nischen-)Produkte und Dienstleistungen durch den 2. und 3. Arbeitsmarkt geschaffen und angeboten. Nach den bisherigen Erfahrungen und Erfolgen und ersten marktgängigen Produkten steht die überregionale Ausrollung des Projekts an. Dies ist der Kern des Folgeansatzes für diese Initiative.</p> <p>Über die Webplattform „sozialproduziert.at“ werden innovative und nachhaltige Produkte und Dienstleistungen von Sozialbetrieben vor den Vorhang geholt und bereits bestehende Kooperationen zwischen Unternehmen und Sozialbetrieben dargestellt. Eine wissenschaftlich begründete Fundierung von Grundlagen und Auswirkungen der „sozialen Produktion“ im Sinne der (sozialen) Nachhaltigkeit erfolgt durch das Institut für Nachhaltige Entwicklung (ÖIN) in Wien.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bis Ende 2011 - Abschluss Modellprojekt „Soziale Produktion – Beratung und Umsetzungsbegleitung von 10 Sozial/Wirtschaftsbetrieben“ und Ergebnisse des wissenschaftlichen Begleitprozesses ➤ März 2012 – 2. Netzwerkveranstaltung „Praxistag zu Nachhaltigkeit und Bodenschutz“ (Umsetzung von SoPro-Projekten in Ö und im Donauraum) ➤ Herbst 2012; 2. Netzwerktreffen der PartnerInnen, Austausch über Umsetzungserfolge und wVw. ➤ 2012/2013 – optional je nach Wirkung des Projekts - Entwicklung einer Dachmarke „sozialproduziert“ mit dem Bund 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Verbindet Ökonomie und Soziales; ist innovativ – Möglichkeit über den Aufgabenschwerpunkt stufenweise ein ö-weites Netzwerk an Sozialbetrieben zu schaffen, die sich zum gemeinsamen Standard „sozial produziert“ bekennen und auch den notwendigen Absatz an Produkten und Dienstleistungen finden. 2011 werden mindestens 20 Sozialbetriebe (und geeignete Produkte und Dienstleistungen) auf www.sozialproduziert.at vorgestellt – ebenso werden ca. 20 Kooperationen mit Wirtschaftsbetrieben und öffentlicher Verwaltungen gezeigt.</p>		

Zeit und Hilfsbörsen	Status: in Umsetzung	Laufzeit: seit 2011
OwnerIn der Initiative: Stmk	PartnerInnen: Vbg, Oö, Steiermärkischer Gemeindebund	

Kurzbeschreibung:

Ausgangslage: Durch die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung wächst der Druck auf die Finanzierbarkeit des Sozialsystems. Für ältere Menschen ist es ein soziales Anliegen möglichst lange und weitgehend unabhängig in den eigenen vier Wänden und in der vertrauten Umgebung zu bleiben, ohne auf professionelle, kostenintensive Hilfe angewiesen zu sein. Kinder sind oft weit weg und Angehörige mit der Pflege und Dienstleistungen überfordert. Menschen wünschen sich die Möglichkeit, die eigene Lebensqualität durch gegenseitige Unterstützung zu verbessern.

Projekthalt: Zeit- und Hilfsbörsen führen Hilfe suchende und hilfsbereite Menschen zusammen. Dabei werden vor allem Familien, Alleinerziehende, Alleinstehende und ältere Menschen unterstützt. Durch die Einführung einer Zeit- und Hilfsbörse entsteht eine neue Art der Gemeinschaft, für deren Mitglieder ein Pool von vielfältigen Produkten bzw. kleineren Dienstleistungen entsteht. Das Projekt fördert die Sicherung der Lebensqualität und die Nachbarschaftshilfe sowie gelebte Nächstenliebe aktiv. Es ermöglicht Menschen, sich aktiv in das gesellschaftliche Leben einzubringen und sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen.

Meilensteine:

- Initiative „Mittelpunkt Mensch“ (Projektausschreibung zum Thema Sozialkapital, Mai 2010) - Start
- Startworkshop LE Stmk, WKO, Steiermärk. Gemeindebund (Vorstellung der Modelle OÖ und Vlbg., Dez. 2010) - Entwicklung
- Projektentwicklung „Zeit- und Hilfsbörsen“ – Aufbau eines steirischen Modells (Jänner - April 2011)
- Umsetzung „Zeit- und Hilfsbörsen“ in steirischen Pilotgemeinden (ab Mai 2011)

Wirkungen und Mehrwert:

- Entwicklung des Instruments - Aufbau einer einheitlichen Drehscheibe/eines einheitlichen Verwaltungssystems (Erhöhung der Transparenz, Optimierung der Koordination) → Innovation
- Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und sozialer Netzwerke bzw. Unabhängigkeit älterer Menschen. (Vernetzungsaktivitäten)
- Stärkung der Integration/ Kommunikation/ Nachbarschaftshilfe

2.3 Themenfeld: Nachhaltigkeit auf lokaler und regionaler Ebene

2.3.1 Hintergrund

Bedeutung der lokalen und regionalen Ebene: Die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung ins konkrete Leben erfolgt vor allem auf regionaler und lokaler Ebene. Dabei sind Selbstorganisations- und Beteiligungsprozesse essentiell. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe verringern den Transportbedarf, stärken Identität und den sozialen Zusammenhalt, sichern ökologische Lebensraumqualitäten und den Erhalt von natürlichen Ressourcen. In diesem Zusammenhang kommen insbesondere Raumordnung, Raumplanung und Regionalpolitik hohe Bedeutung zu: Mit

optimaler Ver- bzw. Entflechtung von Raumfunktionen und Aktivitäten können Verkehrsströme und Umweltbelastungen minimiert, Entwicklungschancen für die Bevölkerung verbessert und damit Flächennutzung, Lebensqualität und Chancengerechtigkeit nachhaltig gestaltet und gesichert werden.

Trends: Absiedlung von Betrieben und Abwanderung der – insbesondere jungen und gut ausgebildeten – Bevölkerung führt einerseits zur Nicht-Nutzung vorhandener Infrastruktur und damit in weiterer Folge zum Rückbau bzw. zum Verlust von Infrastruktur und Nahversorgung in peripheren ländlichen Räumen und andererseits zu raschen Wachstumsprozessen in den Ballungsräumen und im Umland von Städten. Migration erfordert Integration und Diversitätsmanagement im städtischen und ländlichen Raum, insbesondere mit dem Ziel, die Chancen von Zuwanderung für die Entwicklung der Lebensqualität zu nutzen.

2.3.2 Herausforderungen und Ziele

- **Kultur der Nachhaltigkeit** sollte in Politik und Verwaltung auf regionaler und lokaler Ebene etabliert werden: prozessual durch Agenda 21 und andere Beteiligungsprozesse, inhaltlich durch Reduktion von Lärm, Bodenverbrauch und Emissionen und der Sicherung der natürlichen Vielfalt. Die zahlreichen bestehenden Instrumente und Ansätze (EU-Regionalpolitik, Regionalmanagement, LEADER, Dorferneuerung, Stadt-Umland-Management, Boden-Bündnis- und Klimabündnis-Gemeinden, usw.) sollen vor dem Hintergrund der Lokalen Agenda 21 besser aufeinander abgestimmt und am Leitbild nachhaltiger Entwicklung orientiert werden. Die Umsetzung des vorliegenden Arbeitsprogramms soll mit der Arbeit der Österreichischen Raumordnungskonferenz verbunden werden.
- **Infrastruktur:** Ziel ist es, der Abwanderung aus strukturschwachen, ländlichen Räumen und einer Ausdünnung der Infrastruktur im Bereich der Daseinsvorsorge (z.B.: Gesundheit, Kinderbetreuung, Bildung, Wasserversorgung und -entsorgung, Nahversorgung) entgegen zu wirken. Die Verfügbarkeit von lokalen und regionalen Energieträgern und Primär- bzw. Sekundärrohstoffen ist im Einklang mit anderen flächenbezogenen Nutzungs- und Schutzinteressen sicher zu stellen. Bei der Infrastrukturplanung ist der demografische Wandel zu berücksichtigen und Gebietskörperschaften übergreifende Kooperationen sind zu fördern. Bildungsangebote im ländlichen Raum sind so zu gestalten, dass sie die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen stärken und der Abwanderung (Braindrain) entgegenwirken. Um eine nachhaltige Mobilität zu ermöglichen, sollen Fußgänger-, Rad- und öffentlicher Verkehr gefördert, Transportwege optimiert, internationale Verkehrsströme reduziert und neue Technologien für den ländlichen Raum genutzt werden. Dabei ist insbesondere auf eine Förderung wenig mobiler Bevölkerungsgruppen Bedacht zu nehmen. Im Güterverkehr sollen die Transportwege optimiert und auf umweltschonende Verkehrsmittel verlagert werden.
- **Raumordnung und -entwicklung:** Ziele sind eine nachhaltige Sicherung von Flächen für die räumlichen Entwicklungsbedürfnisse zukünftiger Generationen (Siedlung, Verkehr/Versorgung, Erholung, Gewerbe/Industrie, etc.), eine langfristig wirtschaftlich tragbare Erschließungs- und Infrastruktur, sowie die optimierte Flächennutzung im Sinne der Nachhaltigkeit und die Sicherung biogener Ressourcen und geogener Rohstoffe. Ebenso geht es um die Gestaltung zukunftsfähiger Siedlungsstrukturen mit hoher Lebensqualität (durch Flächensparen, Vermeiden von Zersiedelung, Stärkung der Ortskerne, Multifunktionalität etc.). Diese Ziele sind in erster Linie durch eine verstärkte und besser koordinierte Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften (grenz- und ebenenübergreifend) bei raumwirksamen Konzepten und Plänen zu erreichen.
- **Regionalpolitik:** Ziel ist es eine ausgewogene Entwicklung und Verteilung der Entwicklungschancen in allen Regionen zu verstärken, um eine nachhaltige Sicherung der Lebensqualität der Bevölkerung unabhängig von Ihrem Lebensmittelpunkt – im Sinne der Territorialen Agenda der

EU (TAEU) – zu erreichen. In strukturschwachen, peripheren Regionen bedeutet dies u.a. eine Absicherung bzw. innovative Adaptierung von Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge unter Aufrechterhaltung zumutbarer Versorgungs- und Erreichbarkeitsstandards. In wirtschaftlich prosperierenden Regionen bedeutet dies u.a. die Förderung deren internationaler Wettbewerbsfähigkeit (einschließlich weicher Standortfaktoren wie z.B. Humanressourcen) sowie deren Einbindung in europäische und globale Netzwerke. Erreicht werden sollen diese Ziele durch eine verbesserte Abstimmung der verschiedenen Entwicklungsträger (z.B. Bund, Länder, Gemeinden, Nachbarstaaten) bei der Vergabe entwicklungspolitisch relevanter Förderungen sowie bei der Ausarbeitung mehrerer Politik- und Verwaltungsebenen betreffender Entwicklungsstrategien und –partnerschaften (z.B. im Bereich der EU-Strukturfonds oder des EU-Programms zur ländlichen Entwicklung). Ein weiterer Baustein ist die Förderung von Innovation und Good Practice in diesem Bereich durch die Förderung von regionalpolitischen Musterregionen, welche spezifische Problemstellungen der räumlichen Entwicklung in innovativer Weise aufgreifen und in einem integrierten Ansatz zu lösen versuchen. **Kreislaufprinzip und geringerer Bodenverbrauch:** Regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfung sollen gesteigert werden, um damit dem Prinzip Nähe besser zu entsprechen. Die regionale Verankerung und Verantwortung der Wirtschaft soll gestärkt und Stoff- und Energiekreisläufe möglichst regional und umweltschonend gestaltet werden. Damit soll der Zuwachs dauerhaft versiegelter Flächen mittelfristig auf ein Zehntel des heutigen Wertes reduziert und der Bodenverbrauch - als ein wichtiger Indikator für nachhaltige Entwicklung auf regionaler und lokaler Ebene - etabliert werden. Kurzfristig wird eine Verdoppelung der Boden-Bündnis-Gemeinden angestrebt.

- **Agenda 21:** Ziel des vorliegenden Arbeitsprogramms sind 600 Agenda 21-Gemeinden und 50 Agenda 21-Regionen bis zum Jahr 2013. Darüber hinaus soll die Zahl der Beteiligten in lokalen und regionalen Prozessen deutlich gesteigert, Qualität und Wirkung von Agenda-Prozessen kontinuierlich verbessert, die Vernetzung von Regionen ausgebaut und eine Integration von Agenda 21 mit anderen Prozessen gefördert werden (z.B. LEADER, Regionalentwicklung).

2.3.3 Initiativen

Agenda 21 Netzwerk Österreich	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2011
OwnerIn der Initiative: Stmk/BMLFUW	PartnerInnen: Alle Länder	
<p>Kurzbeschreibung: Ziel des Agenda 21-Netzwerkes Österreichs ist die Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung auf Gemeinde-, Regions- und Bezirksebene in Verbindung mit den übergeordneten Nachhaltigkeitsstrategien der Länder, des Bundes, der EU und Vereinten Nationen. Das Spektrum der Maßnahmen der Arbeitsgruppe „Dezentrale Nachhaltigkeitsstrategien – Lokale Agenda 21“ (kurz: DNS-LA21) umfasst den Erfahrungsaustausch, das Qualitätsmanagement, die österreichweite Weiterentwicklung der "Marke Agenda 21", das gemeinsame Durchführen von Schwerpunkt- und Forschungsprojekten sowie die Erschließung von EU-Fördermitteln. Neben den vielen positiven Trends in den letzten Jahren erkennt die DNS-LA 21 eine Reihe von Schlüsselherausforderungen für die nächsten Jahre:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ langfristiges Stabilisieren von Agenda Prozessen, Verbessern von Umsetzungsqualität und -wirkung, noch stärkere Vernetzung mit anderen Instrumenten der Gemeinde- und Regionalentwicklung und die bessere Unterstützung von Bundesländern, die ein bisher noch nicht 		

genütztes Potenzial im Bereich Lokaler Agenda 21 erkennen lassen.

- die Umsetzung der Ergebnisse Agenda 21 der 3. Generation – Qualitätsmanagement aller neuen LA 21-Prozesse nach den neuen Kriterien „Basisqualitäten 3.0“ (inhaltliche Qualitäten, Prozessqualitäten, Beteiligungsqualitäten) läuft beginnend ab 2009 bereits
- Ziele: 600 LA 21-Gemeinden und 50 LA 21-Regionen bis Ende 2013
- Ein eigenes Arbeitsprogramm, das in den jährlichen Arbeitssitzungen der DNS-LA21 erarbeitet wird dient zur Erreichung der o.a. Ziele. Eine der Leitaktivitäten darin bildet der bundesweite LA 21 Gipfel: Ein Bundesland organisiert gemeinsam mit dem Lebensministerium den österreichischen LA 21-Gipfel. Die Verantwortung für die Ausrichtung des Gipfels wechselt alle 1,5 Jahre von einem Bundesland zum nächsten und wird in Abstimmung mit der „ExpertInnengruppe Dezentrale Nachhaltigkeitsstrategien und LA 21“ (DNS) inhaltlich ausgerichtet. Der Gipfel entwickelte sich zu einem wichtigen Event, von dem innovative Impulse für die Agendaarbeit ausgehen. Der 7. LA 21-Gipfel wird von der Steiermark ausgerichtet (Juni 2012).

Meilensteine:

- Arbeitstreffen DNS LA21 2011 (Mai 2011) – Aktualisierung des Arbeitsprogramms 2011 und Überprüfung des Umsetzungsfortschrittes
- Arbeitstreffen DNS LA21 2012 (Frühjahr 2012) – Aktualisierung des Arbeitsprogramms 2012 und Überprüfung des Umsetzungsfortschrittes
- LA 21 Gipfel Steiermark/BMLFUW im Juni 2012
- 600 LA 21-Gemeinden und 50 LA 21-Regionen bis Ende 2013

Wirkungen und Mehrwert:

- Entwickeln und Umsetzen von Nachhaltigkeitsstrategien in den Gemeinden und Regionen, Etablieren einer Sustainable Governance und Heranführen der Bürgerinnen und Bürger an die kommunalen Entscheidungsprozesse auch in den Pflichtaufgaben.
- zahlreiche Projekte mit Nachhaltigkeitsrelevanz, die sonst nicht entstanden wären (vor allem auch Projekte mit verhältnismäßig geringem Finanzbedarf und auch Öffentlichkeitsarbeit)
- die BürgerInnengesellschaft wird gestärkt, ein hohes Maß an ehrenamtlichen Leistungen wird dadurch möglich

2.4 Themenfeld: Ökoeffizienz und Ressourcenmanagement durch nachhaltige Mobilität, Konsum- und Produktionsmuster

2.4.1 Hintergrund

Verbrauch von Ressourcen: Die für nachhaltige Entwicklung erforderliche absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist bislang nicht gelungen. Effizienzgewinne wurden häufig durch veränderte Konsummuster kompensiert. Dies zeigt sich beispielsweise im Verkehrssektor, wo trotz geringerem Verbrauch pro gefahrenen Kilometer durch die Verkehrszunahme und den Trend zu schwereren und leistungsfähigeren Fahrzeugen seit 1990 der stärkste Emissionszuwachs aller Sektoren verzeichnet wurde.

Verkehr: Heute verursacht der Verkehr rund 30 Prozent der Treibhausgasemissionen in Österreich. Der motorisierte Individualverkehr (MIV), Güter- und Flugverkehr sind für hohe Schadstoffbelastungen durch Feinstaub-, Stickoxide und andere Luftschadstoffe wie bodennahes Ozon, Lärmbelastungen, Flächenverbrauch und Unfallkosten verantwortlich. Eine Reihe von Maßnahmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit im Verkehr wurde bereits erfolgreich umgesetzt, die Wende zu einem umweltfreundlichen Verkehrssystem insbesondere unter größtmöglicher Verwendung erneuerbarer Energien wurde jedoch noch nicht erreicht. Österreich wird daher für eine umwelt- und sozialverträgliche Verkehrspolitik verstärkt und kohärent eintreten, um die anhaltenden nicht nachhaltigen Trends im Verkehr umzukehren. Zur Erreichung eines langfristig nachhaltig umwelt- und klimaschonenden Verkehrssystems kommt sowohl dem Einsatz erneuerbarer Energien, wie nachhaltig produzierten Biokraftstoffen und E-Mobilität mit Strom aus erneuerbaren Energien große Bedeutung zu als auch der Verkehrsverlagerung auf umweltverträgliche Verkehrsmittel, wie die Bahn- und Schiffverkehr, sanfte, nicht-motorisierte Mobilität, sowie verbesserte Informations- und Kommunikationssysteme zur verbesserten Verkehrssteuerung und Nutzung der Verkehrsinfrastruktur. Die Europäische Kommission (EK) hat im neuen Weißbuch zur EU-Verkehrspolitik von 2011 das ambitionierte Ziel der Reduktion der Treibhausgasemission um 60 Prozent bis 2050 formuliert.

Preise von Rohstoffen und Energie: Trotz der aktuellen Preissteigerungen bilden die Märkte nicht die gesellschaftlichen Kosten ab; die Kosten reflektieren zwar zunehmend Knappheiten oder Versorgungsengpässe, unterliegen aber auch immer wieder spekulationsbedingten Schwankungen. Rohstoffe, die für wichtige technologische Prozesse von Schlüsselbedeutung und aktuell auf wenige Lagerstätten beschränkt sind, werden zunehmend zum Instrument politischer Einflussnahme. Lebensmittelmärkte stehen in Konkurrenz zu Energiemärkten.

Trends im Konsumbereich: Auch im Konsumbereich entwickeln sich Energieverbrauch, Mobilität und Ernährungsgewohnheiten nicht nachhaltig. Die EU hat dies erkannt und setzt daher mit dem EU-Aktionsplan für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sowie mit den künftigen Öko-Innovationsplan Schwerpunkte, um dieses neue Politikfeld zu konturieren.

2.4.2 Herausforderungen und Ziele

- Übergeordnetes Ziel ist ein **qualitatives Wachstum**, das eine tatsächliche Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ermöglicht. Dazu sind Innovationen ganzer Systeme und daher die gleichzeitige Änderung von Produktions- und Konsummustern erforderlich.

So kann Ökoeffizienz als Innovationsmotor und als Standortfaktor für Österreich genützt werden. Die Internalisierung externer Kosten ist in diesem Zusammenhang weiterhin eine Zielsetzung von hoher Priorität und muss zentrales Anliegen einer nachhaltigen Verkehrspolitik sein.

- **Eine integrierte und kohärente Ressourceneffizienzpolitik** verbindet die Sicherung und Schonung natürlicher Ressourcen und eine verbesserte Versorgungssicherheit bei Importrohstoffen mit einer deutlichen Reduktion des ökologischen und sozialen Fußabdrucks der Ressourcenentnahme- und -verbrauchsmuster, mit Wettbewerbsvorteilen aufgrund verbesserter Ressourcenproduktivität für die heimische Wirtschaft und markanten Beschäftigungszuwächsen in Form von „Green Jobs“: Der Österreichische Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP) soll hierzu die wesentlichsten politischen Zielsetzungen, Instrumente und Schlüsselmaßnahmen abbilden. Der REAP, der Österreichische Rohstoffplan, der auf die Sicherung der heimischen Ressourcen und die Nutzung von Sekundärrohstoffen abzielt, sowie die FTI-Strategie 2020 – Forschung, Technologie und Innovation für Österreich – sollen das gemeinsame Dach der österreichischen Strategie im Bereich der stofflichen Ressourcen darstellen.
- **Nachhaltige Beschaffung:** Ein nachhaltiges Nachfrageverhalten soll auch in der öffentlichen Beschaffung geboten werden. Die öffentliche Beschaffung soll mit gutem Beispiel voran gehen und dem Markt Impulse für nachhaltige, innovative Produkte und Leistungen geben, regionale Wirtschaftskreisläufe berücksichtigen sowie soziale und ethische Aspekte in der Wertschöpfungskette (z. B. Fair-Trade-Produkte) unterstützen. Der Beschluss des österreichischen Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung (naBe-Aktionsplan) durch die Bundesregierung im Juli 2010 ebnet den Weg dafür. Im naBe-Aktionsplan definierte ökologische Mindestanforderungen für derzeit 16 Beschaffungsgruppen geben die nötige Orientierung. Höhere Standards sind ausdrücklich erwünscht. Soziale Anforderungen, die aktuell erarbeitet werden, weisen den Weg in Richtung "sustainable public procurement". Damit soll Österreich die im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Beschaffung gegebenen Innovationspotenziale nutzen und ein ambitioniertes quantitatives Rahmenziel für die öffentliche Beschaffung entwickeln.
- **Förderinstrumente** sollen hinsichtlich ihrer Effizienz und Effektivität besser aufeinander abgestimmt und umweltkontraproduktive Wirkungen verhindert werden. Förderungen sollten Umwelt- und Sozialkriterien auch dann berücksichtigen, wenn sie nicht primär auf Umweltziele oder sozialpolitische Ziele abstellen. Die Wohnbauförderung soll österreichweit zu einem Instrument der nachhaltigen Entwicklung auf höchstem Niveau entwickelt werden (z.B. durch höheren Anteil des Sanierens, durch energieoptimiertes Bauen und eine umfassendere Ökologisierung im gesamten Spektrum der verwendeten Baumaterialien, durch Bevorzugung verdichteter Wohnformen).
- **Nachhaltiger Konsum** soll für BürgerInnen und Unternehmen verständlich gemacht werden, indem sowohl Angebot (z.B. Mehrweggebinde) als auch Entscheidungshilfen für Produkte mit ökologischem und sozialem Mehrwert für KonsumentInnen weiterentwickelt, sowie Leistbarkeit, Nachhaltigkeit und Armut in ihren Wechselwirkungen untersucht und daraus Lösungsstrategien entwickelt werden. Als Orientierungshilfe für die KonsumentInnen ist es notwendig, gemeinsam mit Handel und Produzenten Angebote mit nachhaltigem Mehrwert in allen Branchen weiter auszubauen sowie die dazu erforderlichen Kommunikations- und Qualitätssicherungsinstrumente zu forcieren. Für die Weiterentwicklung dieser Instrumente ist ein strategisches Instrument zu entwickeln und sicherzustellen, dass Gütezeichen und Labels nicht zu reinen Marketinginstrumenten werden. Das Webportal für nachhaltigen Konsum bewusst.kaufen.at soll als Informations- und Vernetzungsplattform weiter ausgebaut werden, um den KonsumentInnen einen immer vollständigeren Angebotsüberblick zu bieten und kontinuierliche Bewusstseinsbildung für nachhaltigen Konsum zu gewährleisten. Im Ernährungsbereich soll ein gesteigertes Bewusstsein nicht nur zu einem veränderten Konsumverhalten führen, sondern auch die Gesundheit der Bevölkerung und den Bezug zu regionalen Lebensmitteln verbessern. Verhaltensbezogene Anreize sollen dabei eine entscheidende Rolle spielen.

- Nachhaltigkeits-Kriterien sollen verstärkt auch bei Veranstaltungen (Sport, Kultur, Tagungen, etc.) Berücksichtigung finden und die öffentliche Hand soll sich selbst verpflichten, all ihre Veranstaltungen entsprechend auszurichten.
- **Nachhaltige Mobilität:** Ziel ist es, den Verkehr insgesamt verträglicher zu gestalten und für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Österreich notwendige Erreichbarkeit zu gewährleisten. Wichtig dabei ist, ökologisch und sozial verträgliche Lösungen für den ländlichen Raum und dessen Beziehungen zu den urbanen Zentren zu entwickeln. Angestrebt werden daher eine bessere Abstimmung von Raum- und Verkehrsplanung (kurze Wege, ausgewogene Nutzungsmischung, maßvolle bauliche Verdichtung im Einzugsbereich des öffentlichen Verkehrs, Berücksichtigung von Gleisanschlüssen bei der Aufschließung von Betriebsgebieten, intermodale Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger), attraktivere, auch bedarfsorientierte öffentliche Verkehrssysteme, Mobilitätsmanagementsysteme, gute Bedingungen zum Gehen und Radfahren, faire und effiziente Preise durch Anwendung des Verursacherprinzips im Verkehr, Nutzung technischer Innovationen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Verminderung von Umweltbelastungen durch die Forcierung alternativer Antriebe/Treibstoffe, zur optimierten Logistik und zur Steigerung der Effizienz des Verkehrssystems. Die Elektrifizierung des motorisierten Verkehrs und die Verwendung kosteneffizienter erneuerbarer Energien zur Energiebereitstellung für den Verkehr ist weiter voranzutreiben, um ein nachhaltiges, umweltfreundliches Verkehrssystem zu schaffen. Dies beinhaltet sowohl die weitere Elektrifizierung der öffentlichen Verkehrsmittel als auch der Fahrzeuge für den motorisierten Individualverkehr unter Verwendung erneuerbarer Energien. Die Einführung der E-Mobilität soll mit intelligenten Wegeketten (z.B. nicht motorisierter Verkehr, öffentlicher Verkehr, gemietetes E-Auto) sowie mit effizienten und nutzerfreundlichen Formen der Fahrzeugnutzung (Car –Sharing und Car Pooling) verbunden sein. E-Mobilität kann damit wesentlich zum Umwelt- und Klimaschutz, zur Ressourcenschonung und Energieverbrauchsenkung beitragen und damit die Abhängigkeit von Mineralölimporte verringern und die Ressourcenbasis für Mobilität nachhaltig verbessern. E-Mobilität mit erneuerbaren Energien soll einen wichtigen Beitrag zu einer langfristig kohlenstoffarmen, wettbewerbsfähigen und ressourceneffizienten Wirtschaftsentwicklung leisten.
- **Wachstumsmotor innovative Umwelttechnologien:** Ein enormes Potential für Konjunkturbelebung und für Green Jobs liegt bei der Steigerung der Energieeffizienz, der Energieeinsparung, dem konsequenten Ausbau von erneuerbaren Energietechnologien und bei Investitionen in innovative Umwelttechnologien. Diese Branchen waren bereits in der Vergangenheit Motor für Innovation, Wachstum und Beschäftigung und werden in der Zukunft mit ganz erheblichen Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekten verbunden sein. Bis 2020 wird sich der gesamte globale Markt für umweltrelevante Produkte, Technologien und Dienstleistungen nach internationalen Schätzungen etwa auf 2.740 Mrd. Euro verdoppeln.
- **Green Jobs:** Bei einem weltweit steigenden Energiebedarf und gleichzeitig zunehmender Verknappung der Ressourcen wird Österreich auch in Zukunft seine Spitzenreiterrolle in der Umwelttechnologie ausbauen. Das übergeordnete Ziel ist die Schaffung von grünen Arbeitsplätzen. Langfristig soll sich diese Branche zu einem der wichtigsten Arbeitgeber entwickeln. Zu den bereits bestehenden 185.000 grünen Arbeitsplätzen können bis 2020 weitere 100.000 dazukommen. Darüber hinaus soll die Bekanntheit österreichischer Umwelttechnologien national und international gesteigert und diese Branche zusätzlich gestärkt werden. Durch das Zusammenwirken der „Exportinitiative Umwelttechnologie“, des Masterplan Umwelttechnologie, des Masterplan Green Jobs, der alle zwei Jahre stattfindenden Verleihung der Staatspreise für Umwelt- und Energietechnologie, der Umwelttechnik-Qualifizierungsoffensive, des Kompetenzzentrums für Umwelt- und Energietechnologie „ACT – Austrian Clean Technology“, aber auch der verschiedenen Umwelttechnikcluster und -netzwerke in den Bundesländern sollen die Potenziale im Bereich der Green Jobs bestmöglich genutzt werden.

- Angesichts der Nuklearkatastrophe in Japan setzt sich Österreich weiterhin gegen jede Art der Förderung der Kernenergienutzung sowie gegen den Bau neuer Kernkraftwerke ein. In diesem Sinne bleibt, neben dem grundsätzlichen Ziel des europäischen Ausstiegs aus der Kernenergie, die Schaffung hoher und verbindlicher Sicherheitsstandards für Nuklearanlagen ein wesentliches Ziel. Vereinbarte Schließungsverpflichtungen besonders problematischer Anlagen sind strikt einzuhalten. In allen Fällen von kerntechnischen Anlagen, die negative Auswirkungen auf Österreich haben oder haben könnten, wird die Bundesregierung weiterhin alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten zur Wahrung österreichischer Sicherheitsinteressen nutzen.

2.4.3 Initiativen

Elektromobilität in und aus Österreich	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2011
OwnerIn der Initiative: BMVIT/BMWFJ/BMLFUW	PartnerInnen: WKÖ	
<p>Kurzbeschreibung: Elektromobilität bedingt die systemische Integration von fahrzeug-, kommunikations-, steuerungselektronischen und infrastrukturseitigen technischen Komponenten sowie organisatorischer und nutzerorientierter Konzepte. Zur Bündelung der Kräfte haben die drei Bundesministerien BMVIT, BMWFJ, BMLFUW eine interministerielle Steuerungsgruppe auf Generalsekretariats- und Sektionsleitungsebene eingesetzt, um strategische Abstimmungen zwischen den drei Ressorts sicherzustellen. Um Positionen und Entscheidungen für die Bundesminister vorzubereiten, befasst sich dieses Gremium vor allem mit den folgenden Tätigkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ die Abstimmung der Strategien, Ziele und Maßnahmen der einzelnen Ressorts, ➤ den strukturierten Austausch von Informationen sowie die Koordination der Kommunikation, ➤ die Maximierung von Synergien aus dem Zusammenwirken der Aktivitäten, ➤ die Formulierung eines zeitlich abgestimmten Umsetzungsplans mit Maßnahmenkatalog. <p>Der Steuerungsgruppe steht als beratendes Gremium ein Beirat zur Seite, der mit Vertretern der drei Ressorts, Fachleuten aus Wirtschaft, Verwaltung und Forschung besetzt ist. Der Beirat wird die für die Elektromobilität in Österreich umsetzungsrelevanten Themen- oder Problemkreise identifizieren sowie auch mögliche kurzfristige Maßnahmen zur Elektromobilität empfehlen.</p> <p>Anfang 2011 wurden ressortverantwortliche Arbeitsgruppen mit Länder-, Städte- und Gemeindeinteressensvertreter, Wirtschaft und Forschung eingerichtet, die 2011 konkrete Maßnahmen- und Umsetzungsempfehlungen erarbeiten.</p>		
Meilensteine: s. Kurzbeschreibung		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Das Einbringen der Ergebnisse des Koordinations- und Kooperationsprozesses zur Elektromobilität in Österreich seitens der drei Ressorts in die „ÖSTRAT-Nachhaltigkeitsplattform“:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ hat den Mehrwert der Einbindung weiterer umsetzungsrelevanter Verwaltungsakteure sowie Verkehrs- und Flottenbetreiber in Österreich 		

- hat das Potential zur Generierung gemeinsamer Interessen und zur Bündelung der Kräfte zur erfolgreichen aber seriösen Umsetzung von E-Mobilitätsanwendungen wo diese Sinn machen und die volle Wirkung der neuen Technologien und Services im Raum entfalten können.

Green Events Austria	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2008
OwnerIn der Initiative: BMLFUW	PartnerInnen: Stmk, Sbg, Nö, Oö, Bgld, Vbg, T, W	
<p>Kurzbeschreibung: Ziel der Initiative ist es, die umweltgerechte und nachhaltige Ausrichtung von Veranstaltungen in Österreich zu forcieren. Angesprochen sind die Bereiche Sport/Kultur/Festivals (z.B. Musikbereich)/Kongresse und Tagungen und die regionale/lokale Festkultur. Dazu soll der Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen Bund und Bundesländern durch Weiterführen einer Plattform, die im Dezember 2008 gegründet wurde, intensiviert werden.</p> <p>Das auf Green Events aufbauende Umweltzeichen „Green Meeting“ wurde im Herbst 2010 verabschiedet, einige Pionier-Events ausgezeichnet. Kooperationen mit der Fußball-Bundesliga sowie diversen Großveranstaltungen (Frequency) laufen, weitere Veranstaltungen waren das Europäische Forum Alpbach und die „Gala Nacht des Sports“. Regelmäßig finden Bund-Bundesländer-Netzwerktreffen statt. In den Partner-Bundesländern gibt es zudem regionale Initiativen, welche unter dem Menüpunkt „Bundesländer“ auf www.greeneventsaustria.at dokumentiert sind.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Sommer 2010: diverse große Pionier-Events ➤ 07/2010: Umweltzeichen „green meeting“ tritt in Kraft 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Die Plattform:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ intensiviert Zusammenarbeit von Bund und Bundesländern ➤ stärkt einschlägige Landesprogramme ➤ unterstützt Pilotprojekte ➤ etabliert Qualitätskriterien für Green Events und vernetzt international 		

Initiative Bewusst kaufen. Besser leben.	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2010
OwnerIn der Initiative: BMLFUW	PartnerInnen: BMWFJ, WKÖ	
<p>Kurzbeschreibung: Übergeordnete Zielsetzung der Initiative ist es, das Bewusstsein für nachhaltigen Konsum zu stärken und den Absatz nachhaltiger Produkte im österreichischen Handel zu unterstützen. Dabei bildet die Weiterführung und der Ausbau der Info- Webplattform www.bewusstkaufen.at ein zentrales Element. Geplant sind weitere Verbesserungen bzw. Erweiterungen des bestehenden Angebots, der</p>		

weitere Ausbau der bestehenden Produktdatenbank, sowie die Einbindung des Online-Versandhandels. Die Zugriffe und Useraktivitäten sollen weiter gesteigert werden. Darüber hinaus ist eine verstärkte Verknüpfung von Onlineaktivitäten mit Offline- Aktionen vorgesehen, wie regionale Aktionen in den beteiligten Bundesländern, branchenspezifische Aktionen mit dem Handel (am Point of Sale), Stakeholder- und Fachveranstaltungen.

Meilensteine:

- laufende Aktualisierung der Website
- laufende Erweiterung der Produktdatenbank
- laufende Aktionen mit dem Handel

Wirkungen und Mehrwert:

- Handel als Partner zum Sichtbarmachen von nach. Produkten gewinnen und erhalten, Produzenten motivieren, nachhaltige Produkte anzubieten
- Bewusstsein für nachhaltige Produkte bei KonsumentInnen schaffen
- Engagierte (NGOs, Bildungsorganisationen, etc.) zu vernetzen und über die Website Sichtbarkeit verschaffen

Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP)	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2009
OwnerIn der Initiative: BMLFUW	PartnerInnen: BMVIT, BMWFJ, Nö, WKÖ, VÖI	
<p>Kurzbeschreibung: In einem partizipativen Dialogprozess mit der Wirtschaft, Verwaltung, der Wissenschaft wie der Zivilgesellschaft - dem „Akteursnetzwerk Ressourceneffizienz“ - werden Ziele, Instrumente und Maßnahmen in Österreich definiert. Der REAP beinhaltet einen Aktionsplan mit Handlungsfeldern, Leitmaßnahmen und Leitinstrumenten sowie Zielen zur Steigerung der Ressourceneffizienz in Österreich. Die Steuerung des Prozesses erfolgt über eine Resonanzgruppe mit PartnerInnen (BMWFJ, BMVIT, Nö, VÖI, WKÖ), die weitere Stakeholdereinbindung über diverse ExpertInnenworkshops und dem „Round Table zur Ressourceneffizienz“ (erstmalig Oktober 2010). Ein österreichisches „Netzwerk Ressourceneffizienz“ wurde initiiert. Die politische Vorlage des REAP ist im 3. Quartal 2011 vorgesehen, danach erfolgt die Umsetzung des REAP über jährliche Schwerpunktthemen und den Round Table.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Publikation „Ressourcennutzung in Österreich/Bericht 2011“ im Juli 2011 ➤ Fertigstellung und Präsentation des REAP im Herbst 2011 ➤ 2. Round table „Ressourceneffizienz“ im Mai 2012 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Steigerung der Ressourceneffizienz als zentrale Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung, positive Synergieeffekte in</p>		

Bereichen wie Arbeitsmarkt (green jobs), Innovation, Zukunftsmärkte der Wirtschaft.

Österreichischer Rohstoffplan	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2002
OwnerIn der Initiative: BMWFJ	PartnerInnen: alle Bundesländer	
<p>Kurzbeschreibung: In einer ersten Phase wurden sämtliche Rohstoffvorkommen des Bundesgebietes erfasst, dokumentiert und systemanalytisch bewertet. Rohstoffvorkommen, die für eine künftige Nutzung in Frage kommen können, wurden in einer Phase 2 mit den Raumordnungsdaten der Länder verschnitten. Vorkommen, die weder mit Verbotszonen (z.B. Bauland) oder Konfliktzonen (z.B. Natura 2000) zusammenfallen, wurden den Raumordnungsbehörden der Bundesländer zur weiteren Bearbeitung übergeben. Ziel des Österreichischen Rohstoffplanes ist die raumordnerische Sicherung von Rohstoffvorkommen (Baurohstoffe, Erze, Industrieminerale, Energierohstoffe), um die langfristige Zugänglichkeit zu den Rohstoffvorkommen auch für die nächsten Generationen zu garantieren.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <p>➤ Rechtliche Umsetzung in den Raumordnungsgesetzen der Länder</p>		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Die raumordnerische Sicherung von Rohstoffvorkommen ist für die Versorgung der Wirtschaft mit mineralischen Rohstoffen unverzichtbar. Dies trifft in erster Linie auf die Baurohstoffe (Sand/Kies) zu, die auf Grund ihres geringen Rohstoffpreises keine längeren Transportdistanzen als 30 km vertragen und daher nur in unmittelbarer Nähe zum Verbraucher aufgebracht werden müssen. Längere Transportdistanzen würden nicht nur eine wesentliche Verteuerung des Rohstoffes, sondern auch eine enorme Belastung der Umwelt nach sich ziehen. Eine anzustrebende Verkürzung der Transportdistanzen von ca. 10% könnte zu einer CO₂ Einsparung von jährlich über 1 Mio t CO₂ führen.</p>		

Freight Vision Austria Studie in I2V	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2010 bis 2011
OwnerIn der Initiative: BMVIT	PartnerInnen: alle Bundesländer	
<p>Kurzbeschreibung: Von der Europäischen Kommission wurde gemeinsam mit der europäischen Transportwirtschaft ein umfassender Stakeholderprozess durchgeführt, um wesentliche Maßnahmen zu identifizieren, deren Umsetzung für ein zukünftiges Funktionieren eines nachhaltigen europäischen Güterverkehrs wichtig sein werden.</p> <p>Im Rahmen der gegenständlichen Arbeit wurde daran anschließend ein österreichischer Stakeholderprozess initiiert, in welchem auf die spezifische österreichische Situation Rücksicht genommen werden sollte. Daraus resultierend sollten innovative Technologien identifiziert werden, welche für einen nachhaltigen Güterverkehr bis zum Jahr 2050 entwickelt und umgesetzt werden sollten.</p>		

Meilensteine:

- In mehreren Workshops wurde gemeinsam mit den Stakeholdern Szenarios für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und damit verbunden für den Güterverkehr erarbeitet. Daraus leitet sich der jeweilige technologische Erneuerungsbedarf ab
- Von wissenschaftlicher Seite wurde der State of the Art sowie die internationalen Trends in der Transportwirtschaft eingebracht. Im 2. HJ 2011 wird der Endbericht dieser Studie erstellt

Wirkungen und Mehrwert: Die Ergebnisse aus dieser Studie werden in die zukünftige Formulierung innovativer und nachhaltiger Programme in der Verkehrstechnologieforschung im Güterverkehr des BMVIT einfließen.

Konzeption einer Mobilitätsdatenerhebung für Österreich Studie in ways2go (Projekt KOMOD)	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2010 bis 2011
OwnerIn der Initiative: BMVIT	PartnerInnen: Nö, Oö, Sbg, T, W, Stmk, Vbg	
<p>Kurzbeschreibung: Im Rahmen der Studie wird eine bundesweite Erhebung von Mobilitätsdaten auf Basis aktuellster Erkenntnisse und Anforderungen im Bereich Mobilitätsforschung und unter Berücksichtigung neuer technologiegestützter Erhebungsmethoden konzipiert. Das Projekt adressiert einen partizipativen Beteiligungsprozess zur Einbindung aller relevanten Stakeholder und Interessensgruppen. Die Ergebnisse dieses Vorbereitungsprojekts bilden den Rahmen für die spätere Erhebungsdurchführung durch das BMVIT (IV/Infra5) und als Leitfaden für die Ausrichtung weitere Mobilitätsdatenerhebungen in Österreich („Handbuch Mobilitätsdatenerhebung Österreich“).</p> <p>Die Studie wird im Rahmen der Forschungsförderprogrammlinie „ways2go“ des Programms Intelligente Verkehrssysteme und Services Plus durch das BMVIT (www.ways2go.at) finanziert und begleitet. Die Bundesländer können ihre Anforderungen für eine bundesweite Erhebung einfließen lassen. Gleichzeitig werden Synergien in den Erhebungskonzepten identifiziert und ein integriertes, zukunftssicheres Gesamtkonzept erarbeitet und der Ressourceneinsatz für Datengrundlagen optimiert. Im projektbegleitenden Projektbeirat sind die Bundesländer OÖ und T vertreten.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Onlinebefragung Dez. 2010 / Jän. 2011 ➤ Öffentlicher Anforderungsworkshop Jän. 2011 ➤ 28. Juni: Abschlusstagung und öffentlicher Reflexionsworkshop im BMVIT 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Aktuelle Datengrundlagen über die Mobilitätsentwicklung sind nur teilweise (auf Länderebene) vorhanden. Die letzte österreichweite Mobilitätsdatenerhebung (1995) liegt nunmehr 17 Jahre zurück. Aktuelle Datengrundlagen sind für Verkehrs- und Raumplanung sowie für gezielte Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten jedoch essentiell. Nur mit einer soliden Datenbasis sind aktuelle Entwicklungen und Trends im Bereich Personenmobilität erkennbar und Wirkungsanalysen zur Nachhaltigkeit im Verkehrsbereich möglich. Diese Grundlagen</p>		

ermöglichen zukunftssichere, faktenbasierte Planungen, Prognosen sowie politische Entscheidungen, die zu nachhaltigen Mobilitätsmustern führen (Umweltaspekt) und geeignete Mobilitätsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen (soziale Komponente der Nachhaltigkeit).

Re-Use durch Re-Vital in Österreich	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2010 bis 2015
OwnerIn der Initiative: BMLFUW	PartnerInnen: Stmk, Oö	
<p>Kurzbeschreibung: Die EU-Abfallrahmenrichtlinie forderte die Mitgliedsstaaten zur „Errichtung von Wiederverwendungs- und Reparaturnetzen“ auf, „ReVital in Österreich“ präsentiert unterschiedliche Ansätze zu dieser Realisierung. Ungeachtet dieser bietet die transdisziplinäre Kooperation von sozial- bzw. arbeitsmarktpolitischen Institutionen und Organisationen aus dem Bereich der Abfallwirtschaft die Möglichkeit, in allen Säulen der Nachhaltigkeit verankert zu sein.</p> <p>Regionale Marken:Für Oberösterreich wurde in einer Machbarkeitsstudie 2008 (RUSO OÖ) eine Jahresmenge von bis zu 3.000 t für ein landesweites Reuse-Projekt prognostiziert, derzeit laufen in einer Pilotphase sechs Reuse-Shops mit einer neuen Produktlinie ReVital. Die kommunale Abfallwirtschaft öffnete dazu ihr Sammelsystem auch für die Beschaffung gebrauchter, noch verwendbarer Abfälle bzw. Waren.</p> <p>In der Steiermark werden im Entwurf zum Landesabfallwirtschaftsplan 2010 Reparaturdienstleistungen von sozial-ökonomischen Betrieben explizit als wertvoller Beitrag zur Realisierung auf Ebene der Regionext Regionen bis 2015 eingefordert. Im Burgenland sammelte der burgenländische Müllverband im Rahmen eines Pilotprojektes im Jahr 2010 Erfahrungen über die Wiederverwendung von Elektroaltgeräten. Daraus abzuleiten wären Maßnahmen für andere Produkte und für den Aufbau eines landesweiten Reparatur- und Verkaufnetzes.</p> <p>Ausgehend von diesen regionalen Aktivitäten plant das Lebensministerium die Ausdehnung der Initiative und damit der Produktlinie „ReVital“ in Kooperation mit den Bundesländern auf ganz Österreich. Zukünftig sollen alle Bundesländer ("Länderarbeitskreis Abfallwirtschaft"), sowie ökosoziale Betriebe (RepaNet) als PartnerInnen an der Initiative mitarbeiten.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Dezember 2010: Businessplan ReUse in der Steiermark erstellt ➤ 2011: Umsetzung Phase 1 ➤ 2012 – 2013: Umsetzung Phase 2 ➤ 2013 – 2015: Umsetzung Phase 3 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Die transdisziplinäre Kooperation von sozial- bzw. arbeitsmarktpolitischen Institutionen und Organisationen aus dem Bereich der Abfallwirtschaft bietet die Möglichkeit, in allen Säulen der Nachhaltigkeit verankert zu sein. Elektroaltgeräten, Möbeln, Bekleidung usw. werden in die Wiederverwendung gebracht.</p>		

Nachhaltige Beschaffung Burgenland	Status: in Planung	Laufzeit: von 2011 bis 2013
OwnerIn der Initiative: Bgld	PartnerInnen: W, Nö, T	
<p>Kurzbeschreibung: Ziel der Initiative ist die Ausrichtung des Beschaffungswesens nach umweltfreundlichen Kriterien. Die öffentliche Verwaltung soll hinkünftig Waren und Leistungen nach ökologischen Gesichtspunkten einkaufen. Dies soll langfristig auch zu einer Kosteneinsparung bei der Beschaffung führen. Gemeinsam mit Wien und Niederösterreich wird an einem Projekt gearbeitet, welches beinhaltet, die Beschaffung im öffentlichen Sektor nach ökologischen Kriterien auszurichten. Nach dem Vorbild Wien ("ÖkoKauf Wien") sollen Kriterien für eine ökologische Beschaffung entwickelt werden, die für die Landesverwaltung verbindlich sein sollen.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausarbeitung von Kriterienkatalogen für Produkte nach ökologischen Gesichtspunkten, Einrichtung von Arbeitsgruppen ➤ Berücksichtigung der Ökokriterienkataloge beim Ankauf von Produkten bzw. bei der Leistungsvergabe ➤ Verbindliche Anwendung der Kriterienkataloge per Erlass ➤ Öffentlichkeitsarbeit-Bewusstseinsbildung 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Beim Einkauf bzw. bei der Vergabe von Aufträgen soll der ökologische Gedanke ausreichend Berücksichtigung finden. Einerseits soll dadurch aber auch eine Bewusstseinsbildung bei den Mitarbeitern der Landesverwaltung hinsichtlich der Notwendigkeit umweltbewussten Einkaufens stattfinden, die sich in der Folge auf Privathaushalte überträgt. Mit Hilfe einer begleitenden Öffentlichkeitsarbeit insbesondere in Schulen und Kindergärten soll eine breite Außenwirkung gewährleistet werden. Langfristig soll die nachhaltige Beschaffung zu finanziellen Einsparungen führen.</p>		

Nachhaltige Feste Burgenland	Status: in Planung	Laufzeit: von 2011 bis 2013
OwnerIn der Initiative: Bgld	PartnerInnen: Stmk	
<p>Kurzbeschreibung: Veranstaltungen und Feste insbesondere im öffentlichen Bereich, aber auch von Vereinen sollen nach dem Vorbild Steiermark „gscheit feiern“ umweltfreundlich gestaltet werden. Es soll von Einweg- auf Mehrweggeschirr umgestellt werden. Diese Initiative soll zur Abfallvermeidung beitragen. Konkret sollen bei Veranstaltungen (Zeltfesten, Vereinsfesten, uvm...) Metallbesteck, Porzellanteller Gläser, oder zumindest waschbare Mehrwegkunststoffbecher verwendet werden. Weiters sollen auch Geschirrmobile zum Einsatz kommen. Dies führt zu einer Abfallreduzierung von bis zu 90%. Der nicht vermeidbare Abfall soll entsprechend in Glas, Papier, Metall, Kunststoff, Biomüll, Speiseöl und Restabfall gesammelt und umweltgerecht entsorgt werden.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Vernetzung mit „green events“ erscheint sinnvoll – Informationsaustausch 		

- Setzung von Schwerpunkten- Konzentration auf Veranstaltungen im öffentlichen Bereich- bei privaten Veranstaltern schwieriger
- Abstimmung mit Behörden betr. Genehmigung von derartigen Veranstaltungen- Einhaltung von Auflagen (zB des Lebensmittelinspektorates)
- Akzeptanz und Bewusstseinsbildung bei Veranstaltern

Wirkungen und Mehrwert: Zufriedene Festbesucher; positive Begleiterscheinung ist eine gesteigerte Esskultur; kein Ankauf von Wegwerfgeschirr, kein Einsammeln und Entsorgen am Festgelände-Kosteneinsparung von Personal und Entsorgungskosten; aktiver Beitrag zum Umweltschutz durch Abfallvermeidung.

2.5 Themenfeld: Verantwortungsvolle Unternehmen (CSR) als Erfolgsfaktor für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich

2.5.1 Hintergrund

Globalisierung fair gestalten: Unternehmen haben wegen ihrer Wirtschafts- und Innovationskraft ein hohes Wirkungspotenzial und können zu einem Promotor der nachhaltigen Entwicklung werden. Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell versucht, Effizienz, Umweltschutz und sozialen Ausgleich auf Basis einer nachhaltigen marktwirtschaftlichen Orientierung zu verbinden. Dahinter steht die Überzeugung, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und materieller Wohlstand mit hohen sozialen und ökologischen Standards im Einklang stehen. Eine verstärkte Kooperation zwischen Privatwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit kann zu einer Stärkung des privatwirtschaftlichen Sektors in den Partnerländern beitragen und Unternehmen beim Aufbau neuer Märkte helfen. Bei Gestaltung des Globalisierungsprozesses muss künftig bewusst darauf geachtet werden, dass die damit verbundenen Vorteile allen Bevölkerungsgruppen in fairer Weise zugänglich sind.

Unternehmerische Verantwortung: Die soziale, ökologische und gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft nimmt durch die steigende globale Vernetzung ständig zu (z.B. durch Verantwortung für die Umwelt- und Arbeitsbedingungen in weit entfernten Ländern, Diskussion über die Abwanderung von Produktionsstandorten und den damit verbundenen Verlust an Arbeitsplätzen). Gleichzeitig haben nicht zuletzt die spektakulären Zusammenbrüche und Rettungsaktionen im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise weltweit ganz Europa zu einer Diskussion der Verantwortung der Wirtschaft im Allgemeinen und einzelner Branchen und Entscheidungsträger im Besonderen geführt. Gerade in den letzten Jahren wurde privaten Unternehmen vorgeworfen, dass ihre Gewinne von ihren Shareholdern und ihren ManagerInnen lukriert werden, während Verluste von der Allgemeinheit zu tragen sind.

CSR als strategische Chance: CSR bedeutet deutlich mehr als das Einhalten von Gesetzen und internationalen Normen oder die Finanzierung von Hilfsprojekten. Als Teil der Unternehmensstrategie verstanden dient glaubwürdiges, nachvollziehbares und transparentes Engagement der langfristigen Existenzsicherung von Unternehmen, sichert Glaubwürdigkeit, MitarbeiterInnenmotivation und Kundenbindung und öffnet Innovationspotenziale. CSR betrifft nicht nur multinationale Unternehmen, sondern eröffnet auch Klein- und Mittelbetrieben neue Chancen, indem sie sich mit CSR im Wettbewerb der Zulieferer profilieren und durch CSR ihre Einbindung in ihr regionales Umfeld verbessern können. Ein systematisches Engagement im Bereich CSR verhindert plötzliche Schäden am Image von Unternehmen und gut eingeführten Marken, ein dialogorientierter Zugang unter Einbindung aller betroffenen Interessensgruppen schafft das Verständnis für die Anforderungen der vielfältigen Interessensgruppen eines Unternehmens. Eine diskriminierungsfreie und menschenrechtskonforme Unternehmensführung ist insbesondere in globalen Wertschöpfungsketten eine zentrale Herausforderung. Nachhaltiges unternehmerisches Handeln ist darum bemüht, sowohl auf Ebenen der KundInnen wie auch auf MitarbeiterInnenseite Vielfalt in jeglicher Hinsicht (Ethnie, Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung, Religion) bestmöglich zu unterstützen. Es zeigt sich, dass auch die Finanz- und Kapitalmärkte sozial, ökologisch und gesellschaftlich verantwortungsvolle Unternehmen immer stärker bevorzugen.

CSR-Politiken als Voraussetzung: Der Bund und die Bundesländer können gesellschaftlich verantwortungsvolles Wirtschaften in vielfacher Weise unterstützen: durch Bewusstseinsbildung und Information, durch Qualitätssicherung, als Vorbild bei der öffentlichen Beschaffung, in förderpolitischer und regionalwirtschaftlicher Hinsicht und durch Impulse für die Finanzmärkte. Zu diesem Zweck ist eine abgestimmte Vorgangsweise der Gebietskörperschaften - in Form einer nationalen CSR-Strategie nach Vorbild anderer EU-Mitgliedstaaten - erstrebenswert. Dabei kann auf bestehende Initiativen und Dialogstrukturen wie die CSR-Unternehmensplattform *respACT - Austrian Business Council for Sustainable Development*, die zivilgesellschaftliche Plattform *Nesove* und das österreichische Außenwirtschaftsleitbild, das ein ausdrückliches Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung und unternehmerischer Verantwortung beinhaltet, aufgebaut werden.

2.5.2 Herausforderungen und Ziele

- Unternehmen sollen ihre gesellschaftliche Verantwortung verstärkt wahrnehmen und **CSR als strategischen Erfolgsfaktor begreifen**. Ziel ist es daher, CSR in der strategischen Planung statt in der Öffentlichkeitsarbeit zu verankern und die sich daraus ergebenden Innovations-Chancen offensiv zu nützen. Mit einer Regionalisierungsoffensive (z.B. durch Netzwerkstrukturen in den Bundesländern, einheitliche Kriterien bei den Beratungsprogrammen für Nachhaltigkeitsmanagement und -berichterstattung, Workshop-Serien, Konferenzen, Wettbewerbe) soll die Verbreitung von CSR insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen vorangetrieben werden.
- Mit *respACT – austrian business council for sustainable development* gelang es, CSR als Managementkonzept unter Betonung der Freiwilligkeit und auch unter Berücksichtigung der Situation der KMUs zu verankern. Ziel ist es, derartige Managementkonzepte als Innovationsmotor zu nützen und künftig noch wesentlich breiter zu etablieren.
- ArbeitnehmerInnen-Interessensvertretungen und NGOs haben ebenfalls eine Informations- und Kommunikationsdrehscheibe zum Thema CSR eingerichtet. NeSoVe - das Netzwerk Soziale Verantwortung - steht für die Förderung, Weiterentwicklung und Beobachtung einer transparenten, sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen und diskriminierungsfreien sozialen Unternehmensführung unter Beteiligung der von Unternehmenspolitik betroffenen Interessensgruppen.
- Damit gesellschaftlich verantwortungsvolle Unternehmen auch **Wettbewerbsvorteile durch CSR** erzielen können, müssen Mechanismen zur Qualitätssicherung, Transparenz und Nachvollziehbarkeit weiter entwickelt werden. Um CSR bei Konsum- und Investitionsentscheidungen verstärkt zu berücksichtigen, sind entsprechende Informationen und Qualitätssicherungsmechanismen für KonsumentInnen und InvestorInnen erforderlich.
- Aufgabe des Bundes und der Bundesländer ist es, **ein für CSR-Aktivitäten geeignetes Umfeld und die Rahmenbedingungen zu schaffen**. Dazu soll im Zusammenwirken der österreichischen Gebietskörperschaften und in Abstimmung mit den Sozialpartnern durch die Entwicklung einer nationalen CSR Strategie eine strategische Positionierung des öffentlichen Sektors zu den mit CSR verbundenen Herausforderungen, Chancen und den dafür erforderlichen Politiken vorgenommen werden.
- Gesellschaftlich verantwortliches Unternehmertum soll im Sinne des Außenwirtschaftsleitbildes ein Markenbestandteil Österreichs im internationalen Wettbewerb auf den Exportmärkten werden.

2.5.3 Initiativen

Aktionsprogramm CSR	Status: in Planung	Laufzeit: von 2011 bis 2012
OwnerIn der Initiative: BMLFUW, BMASK, BMWFJ	PartnerInnen: Sbg, Stmk	
<p>Kurzbeschreibung: Ähnlich wie in einer wachsenden Zahl europäischer Länder (wie etwa Deutschland, den Niederlanden, Dänemark, UK, Frankreich) als strategische Weichenstellung bereits in Angriff genommen, ist es auch in Österreich Aufgabe der öffentlichen Hand, sektorpolitische Ziele des Engagements im Bereich „soziale, gesellschaftliche und ökologische Verantwortung von Unternehmen“ zu formulieren, sowie ein für CSR-Aktivitäten geeignetes Umfeld und hierfür fördernde Rahmenbedingungen zu schaffen. Zu diesem Zweck ist im Zusammenwirken der für Umwelt, Soziales und Wirtschaft zuständigen Ressorts und im Dialog mit der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern sowie unter Einbindung der Plattformen „respACT“ und „NESOVE“ ein nationaler CSR Aktionsplan auszuarbeiten. Eine Schwerpunktsetzung hat hierbei insbesondere auch für den Bereich der „kleinen und mittleren Unternehmen“ (KMU´s) zu erfolgen.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ 08/2011: Erhebung und Dokumentation der CSR-relevanten Politiken und Prozesse auf EU-Ebene und in repräsentativen europ. Staaten ➤ 09/2011: Im Rahmen des österreichischen CSR-Tages 2011 Thema „CSR und Europa“ ➤ 10/2011: Installierung eines Arbeitskreises 		
<p>Wirkungen und Mehrwert:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Gemeinsam sektorpolitische Ziele formulieren; ein für CSR-Aktivitäten geeignetes Umfeld, Rahmenbedingungen und Qualitätssicherung zu schaffen ➤ CSR als gesamtwirtschaftliche Strategie erfolgreich positionieren und damit die Attraktivität des Standorts Österreich langfristig sichern ➤ Den CSR-Ansatz nachhaltig in der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung zu verankern 		

CSR – Nachhaltigkeit in KMUs	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2010 bis 2012
OwnerIn der Initiative: Sbg	PartnerInnen: BMLFUW, die Regionalprogramme der Länder (Beratungsprogramme für Betriebe)	
<p>Kurzbeschreibung: Mehrere Regionalprogramme versuchen Nachhaltigkeitsmanagement auch in KMUs einzuführen, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Ausprägungen, wobei grundsätzlich ein großer gemeinsamer Nenner erkennbar ist. Ziel dieser Initiative ist es, die</p>		

Bemühungen der Länder zum Thema Nachhaltigkeitsmanagement in KMUs, die über die Regionalprogramme angeboten werden, zu einem gemeinsamen einheitlichen Beratungsmodul zu entwickeln. In einem Tagesworkshop (TeilnehmerInnen die interessierten Regionalprogramme, interessierte NHKs, Lebensministerium) werden die bisherigen Ansätze, Inhalte, Hintergrundpapiere gesichtet und gemeinsam diskutiert (Ergebnis ist ein grobes Inhaltverzeichnis des gemeinsamen Beratungsmoduls). Dieses wird im Anschluss von einem gemeinsam beauftragten Auftragnehmer zu einem Rohentwurf eines Beratungsmoduls zusammengestellt (Nachhaltigkeitsmanagement, Prozess, Inhalte). In einem weiteren Halbttag wird dieser Rohentwurf diskutiert und die weitere Vorgangsweise festgelegt. In den darauffolgenden Monaten wird das Beratungsmodul angewandt und die Erfahrungen in einer Feedbackschleife eingearbeitet.

Meilensteine:

- Gemeinsames Beratungsprodukt und damit ein Österreich weiter "Standard" für die NH-Beratung in KMU´s (bis ca. 50 MitarbeiterInnen) wird im März 2011 fertig sein
- Anwendung und Evaluierung des Beratungstools bis Mitte 2012
- Adaptierung des Beratungstools bis Ende 2012

Wirkungen und Mehrwert: Länderübergreifendes gemeinsames Beratungstool für NH-Management in KMU´s. Die Ergebnisse der Beratungen können aus der bestehenden Datenbank zu den Regionalprogrammen extrahiert werden (Anzahl der Beratungen, erzielte Wirkungen etc.)

Freizeit im (Biosphärenpark) Wienerwald	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2011 bis 2012
OwnerIn der Initiative: W	PartnerInnen: NÖ	
<p>Kurzbeschreibung: Unterstützung der Biosphärenpark - Betriebe auf ihrem Weg in Richtung Nachhaltigkeit. Außerdem soll den WienerInnen und UmlandbewohnerInnen das Erholungsangebot der Region näher gebracht werden.</p> <p>Mögliche Inhalte:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Gastronomie: Betriebe sollen bzgl. Umweltzeichenkriterien beraten werden - neue Kooperation sollen entstehen ➤ Gremium zur Steuerung in Richtung nachhaltige Region soll eingerichtet werden. In diesem Gremium werden die NHK von Wien und NÖ mitarbeiten 		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Pilotphase mit Testbetrieben bis Ende 2011 ➤ Aufbau eines PartnerInnennetzwerks bis 2012 		
<p>Wirkungen und Mehrwert:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Know-How-Transfer Nachhaltige Betriebe/ Umweltzeichen Tourismus 		

- Gemeinsame (Weiter)Entwicklung von Kriterien/ Instrumenten
- Stärkung der regionalen Wirtschaft

Verantwortung zeigen	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2011
OwnerIn der Initiative: Stmk	PartnerInnen: Ktn	
Kurzbeschreibung: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Initiative zur Vernetzung von Unternehmen mit Verantwortung ➤ Regelmäßige Impulsnachmittage mit sozial engagierten Betrieben als Vorbild für andere Betriebe ➤ Aktionstage zur Vernetzung von Betrieben mit NGO's (Mitarbeiter aus Betrieben stellen ihre Arbeitszeit für soziale Zwecke in NGO's bereit / „Adventtag“) 		
Meilensteine: <ul style="list-style-type: none"> ➤ 08.02.2011: CSR-Initiativarbeitskreis / Vernetzungstreffen der CSR-Expertsgroup Steiermark, Respect, Caritas-Akademie und sonstiger CSR-Akteure ➤ Freiwilligen-Tag 2011 ➤ Weitere Vernetzungstreffen (kombinierte Beratung aus Workshop und Individualberatung für die Betriebe) 		
Wirkungen und Mehrwert: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Impulsnachmittage für Betriebe: Der Mehrwert liegt in der Vernetzung, im Erfahrungsaustausch und dem Lernen von anderen und Motivation durch andere. An den Impulsnachmittagen (einer pro Jahr in der Steiermark) haben bislang ca. 10 Betriebe jeweils teilgenommen. Weitergehende Beratungen sind in der Regel daraus eigentlich nicht entstanden - war aber auch nicht das Ziel. ➤ Vernetzung von NGO's mit Betrieben zur Freiwilligenarbeit (sogenannter "Adventkalender" in Kärnten, Adventtag in der Steiermark) Ziel: betriebliche Mitarbeiter/Teams stellen ihre Arbeitszeit in NGOs für diverse Arbeiten zur Verfügung (zB.: Ausmalen eines Raumes im SOS-Kinderdorf). (wo möglich, quantifizierbare Wirkungen darstellen. Z.B. Anzahl der Beratungen, Anzahl Zugriffe Webseite, Anzahl der Vernetzungstreffen, Vorträge, Anzahl von Green Events, etc.) 		

2.6 Themenfeld: Bildung, Kommunikation und Forschung für nachhaltige Entwicklung

2.6.1 Hintergrund

Bildung ist Voraussetzung und integraler Bestandteil nachhaltiger Entwicklung: Bildung für nachhaltige Entwicklung strebt eine umfassende, zukunftsfähige Ausrichtung der Bildung für alle mit dem Ziel an, heutigen und künftigen Generationen ein friedliches, solidarisches Zusammenleben in Freiheit, Wohlstand und einer lebenswerten Umwelt zu ermöglichen. Grundlagen dafür sind Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, humanistische Bildungsideale sowie die kritische Reflexion der Lebenswirklichkeiten und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Individuelle Verantwortung und Mündigkeit spielen dabei eine zentrale Rolle. Für die erfolgreiche Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014) sind die von der UNESCO 2004 definierten Handlungsfelder von besonderer Bedeutung (Visionen und Leitbilder, Verankerung in den Bildungseinrichtungen, Partnerschaften und Netzwerke, Entwicklung von Kompetenzen der Lehrenden, Forschung und Innovation, Entwicklung von Szenarien, Informations- und Kommunikationstechnologien, Monitoring und Evaluation). Die 2008 verabschiedete Österreichische Strategie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung basiert auf einem umfassenden Konsultationsprozess, bei dem alle relevanten AkteurInnen über Ziele und Schwerpunkte der UN-Dekade informiert und ihre Zugänge zur Thematik erhoben wurden.

Nachhaltige Entwicklung braucht geeignete Kommunikationsinstrumente: Beispielsweise ist der ökologische Fußabdruck gut geeignet, den direkten und indirekten Ressourcenverbrauch aufzuzeigen und damit ein Bewusstsein für die Wirkungen von Konsumgewohnheiten zu schaffen. Er dient als Entscheidungshilfe, ob der jeweilige Lebensstil zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt und gibt Handlungsempfehlungen für einen nachhaltigeren Lebensstil.

Forschung ist wichtige Grundlage und Innovationsmotor für nachhaltige Entwicklung. Forschung für nachhaltige Entwicklung muss sowohl Fragen für rasche Entscheidungshilfe behandeln als auch langfristige visionäre Konzepte entwickeln. Sie muss Probleme mit globaler und regionaler Tragweite in den Blick nehmen, insbesondere die Wechselwirkungen von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Systemen und Methoden und Instrumente der Risikoanalyse, Vorsorge und Evaluierung erarbeiten. Mit Disziplinen übergreifenden Ansätzen unter Einbindung sowohl der Natur- als auch der Sozial- und Geisteswissenschaften sollte die praktische Relevanz und Anwendungsbezogenheit der Forschung verbessert und so die Kluft zwischen Wissenschaft und Politik überbrückt werden.

In Österreich wurde bereits 2004 mit der **Strategie FORNE (Forschung für Nachhaltige Entwicklung)** der forschungspolitische Rahmen für die Nachhaltigkeitsforschung geschaffen. Diese in enger Abstimmung mit dem Rat für Forschung und Technologieentwicklung erstellte Bundesministerien-übergreifende Strategie sichert weiterhin die Kohärenz der österreichischen Nachhaltigkeitsforschung. 2011 wurde die Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation beschlossen. Mit dem Titel: „*Potenziale ausschöpfen, Dynamik steigern, Zukunft schaffen: Der Weg zum Innovation Leader*“ ist die FTI-Strategie ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu einer umfassenden und integrativen Betrachtungsweise von Forschung, Technologie und Innovation und den damit verbundenen Herausforderungen und Chancen.

2.6.2 Herausforderungen und Ziele

- Die Umsetzung der Ziele der UN-Dekade in Österreich erfolgt im Rahmen der „**Österreichischen Strategie zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung**“. Sie verfolgt das Ziel, den Bewusstseinswandel in Richtung Nachhaltigkeit bei Lernenden und Lehrenden zu fördern. Dazu soll Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bildungssystem verankert, Partnerschaften und Netzwerke etabliert, die Kompetenzen der Lehrenden erweitert, Forschung und Innovation gefördert, sowie Standards und Qualitätssicherungsinstrumente etabliert werden. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss sowohl formale Bildung, nonformale Bildung als auch informelle Bildung einbinden. Auf Kohärenz zur bestehenden Strategie für „Lebenslanges-Lernen“ soll geachtet werden. Eine Öffnung der Bildungseinrichtungen für ExpertInnen aus Wirtschaft, Verwaltung oder sozialen Einrichtungen wird angestrebt (z.B. durch das Entwickeln von Projektpartnerschaften). Wesentlich sind auch Programme, die eine echte Partnerschaft von SchülerInnen, StudentInnen, PädagogInnen und WissenschaftlerInnen fördern.
- Durch **Bildungs- und Kommunikationsarbeit für nachhaltige Entwicklung** sollen nachhaltige Konsummuster thematisiert, sowie der Nutzen nachhaltiger Lebensstile aufgezeigt werden. Da es nicht den einen nachhaltigen Lebensstil gibt, ist es wichtig, an den vorhandenen Nachhaltigkeitspotenzialen der einzelnen Konsummuster anzusetzen. Durch den verstärkten Einsatz von zielgruppenspezifischen Kommunikationsstrategien sollen Diskussions- und Entscheidungsprozesse für ein „nachhaltigeres Verhalten“ in den verschiedensten Lebensbereichen initiiert werden. Die Einbindung eines breiten Spektrums von AkteurInnen (z.B. Österreichische Universitätenkonferenz oder der Medien) ist anzustreben.
- Wo Forschungsbeiträge zu nachhaltiger Entwicklung gefordert sind, ist effiziente öffentliche Unterstützung notwendig. Nationale, europäische und internationale Initiativen bieten den Rahmen dafür. Österreich ist an einigen relevanten ERA-nets und Joint Programming Initiatives beteiligt (u. a. *Agriculture, Food Security, Climate Knowledge for Europe, More Years for a Better Life*) und kann dieses Potenzial nutzen, fachübergreifend unter Einbindung sowohl der Natur- als auch der Sozial- und Geisteswissenschaften das wissenschaftliche Fundament der ÖSTRAT zu festigen. Ein wichtiges Ziel ist, die praktische Relevanz und Anwendungsbezogenheit der Forschung zu verbessern.
- Auch das Potenzial der Frauen ist besser auszuschöpfen; ausgewogene Genderbalance ist eine wesentliche Voraussetzung für Innovation.
- Durch die beratende Tätigkeit des „Forum Nachhaltiges Österreich“ sollen ebenfalls Aktivitäten gesetzt werden.

2.6.3 Initiativen

Initiative Gender aktuell	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2007 bis 2013
OwnerIn der Initiative: BMUKK	PartnerInnen: BKA und BMASK	
Kurzbeschreibung: Die gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt (BKA – Frauen) und dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) fördert eine geschlechterreflektierte Auseinandersetzung mit den Themen Berufsorientierung, Migration und Gewaltprävention und bietet themenspezifische		

Unterrichtsmaterialien, Hintergrundinformationen und Beratungs- und Fortbildungsangebote.

Zur Unterstützung dient das Webportal Gender + Bildung (www.gender.schule.at), das umfangreiche Informationen beinhaltet zu: Chancengleichheit/Gleichstellung/Gender Mainstreaming sowie zu Genderaspekten in den Bereichen: Berufsorientierung und Lebensplanung; Pädagogik/Koedukation; Gewaltprävention, Migration; Sprache u. a. sowie Anregungen, wie ein geschlechtssensibler Umgang den pädagogischen Alltag erleichtern und bereichern kann. Weiters findet sich hier eine Datenbank mit Expertinnen und Experten mit Gender Kompetenz und Good Practice-Schulprojekte.

Meilensteine:

- November 2009:: Beginn der Initiative „Gender Tage“ zum Thema Gewaltprävention und Rollenklischees Laufzeit: 5 Wochen
- November 2008: Fortsetzung der Initiative zu Thema Migration. Laufzeit 5 Wochen
- Ab 2009 - 2013: Umbenennung auf Initiative Gender aktuell, ganzjährige Informationen und Angebote zu den Themen Berufsorientierung, Migration und Gewaltprävention

Wirkungen und Mehrwert:

- Gezielte Sensibilisierung für Gender-Themen
- Sensibilisierungsmaßnahmen zu Gender Kompetenz

Wirtschaftserziehung und VerbraucherInnenbildung	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2005 bis 2015
OwnerIn der Initiative: BMUKK	PartnerInnen: BMASK, VKI, Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule	
<p>Kurzbeschreibung: Wirtschafts- und Finanzwissen aber auch Konsum sind in unserer Gesellschaft wichtige Handlungs- und Kommunikationsfelder. Der wachsende Anspruch an Eigenverantwortung der Konsumierenden erhöht auch den Bedarf an Wissen und Befähigung damit umzugehen. Im Zentrum des Unterrichtsprinzips Wirtschaftserziehung und VerbraucherInnenbildung stehen daher die SchülerInnen als handelnde VerbraucherInnen, denen jene Kompetenzen vermittelt werden sollen, mit deren Hilfe sie diese Anforderungen bewältigen können.</p> <p>SchülerInnen sollen befähigt werden, als kritische und bewusste VerbraucherInnen und als Teilhabende am Wirtschaftsleben nachhaltige und zukunftsfähige Haltungen und Handlungsweisen zu erwerben und eigenverantwortlich und bewusst Konsumentscheidungen zu treffen.</p> <p>S.a.: www.bmukk.gv.at/wirtschaftserziehung</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Wettbewerb „Jetzt teste ich“: Der Wettbewerb soll Jugendliche im Alter von 12 bis 19 Jahren dazu anregen, die Werbeversprechungen von Unternehmen kritisch zu hinterfragen und Produkte und Dienstleistungen in Eigenregie zu testen (in Zusammenarbeit mit VKI/Konsument); 		

- Unterrichtsmaterialien für die Volksschule: „Ich kauf mir was!“ (Unterrichtsbroschüre, Würfelspiel mit Wissensfragen und Verhaltensanleitungen)
- Unterrichtsmaterialien für die 5.–7. Schulstufe: „polis aktuell“, Heft März 2010 „Konsum und Lebensstil“, www.politik-lernen.at > Shop)
- Materialienmappe für die 8. Schulstufe, „Erst denken, dann kaufen“ (2009, mit BMASK), Teil 2 für die 11. Schulstufe in Bearbeitung (s.u. www.verbraucherbildung.at)

Wirkungen und Mehrwert:

- Erhöhung des Bewusstseins der nachhaltigen Wirkung von Konsum und finanziellem Handeln in der persönlichen Umgebung und der (Welt)gesellschaft
- Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen erhöht den Praxis- und Lebensbezug der Maßnahmen

Weiterentwicklung der Energieforschungsstrategie inkl. Monitoring und Evaluierung	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2006 bis 2013
OwnerIn der Initiative: BMVIT	PartnerInnen: FTE-Rat, BMWFJ, BMWF, BMLFUW	
Kurzbeschreibung: Ziel ist die Weiterführung der Strategiearbeit im Rahmen des Prozesses ENERGIE 2050 und Spezifizierung der Maßnahmen aufgrund der Energieforschungsstrategie (2010) sowie regelmäßige Verfolgung der Wirkungen und Evaluierung der Maßnahmen.		
Meilensteine:		
➤ 28.6.2011: Veranstaltung „Innovationsstrategien und Wirkungsmonitoring am Beispiel Erneuerbare Energien“ (Veranstalter: BMVIT, KLIEN, FTE-Rat)		
Wirkungen und Mehrwert: Hohe Effizienz im Energieforschungsförderungssystem und aktualisierte Maßnahmenpakete.		

Umsetzung der Energie- und Umwelttechnologieforschungsprogramme mit Schwerpunkten Gebäude, Smart Grids, Smart Cities, Erneuerbare Energien	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2007 bis: 2014
OwnerIn der Initiative: BMVIT	PartnerInnen: KLIEN, BMWFJ, BMLFUW, FFG, KPC, AWS	
Kurzbeschreibung: Die Initiative umfaßt folgende aktuelle Programmlinien: Haus der Zukunft Plus, IEA-Forschungskooperationen, Neue		

Energie 2020 (KLIEN), Smart Energy Demo (KLIEN) und Intelligente Produktion.

Meilensteine:

- Haus der Zukunft Plus: nächste Ausschreibung beginnt im Mail 2011
- IEA-Forschungskooperationen: derzeit laufende Ausschreibung (15.03.2011 - 02.05.2011)
- Neue Energie 2020 (KLIEN) wird mit Ausschreibung im Mai 2011 fortgesetzt
- Smart Energy Demo (KLIEN): 1. Ausschreibung - Einreichfrist: 31.3.2011
- Intelligente Produktion: in Vorbereitung und soll mit einer ersten Ausschreibung 2011 starten

Wirkungen und Mehrwert: Richtungsweisende Innovationen auf Basis von Forschung und Entwicklung im Energie- und Umwelttechnikbereich.

Sustainability Award für Universitäten, FH und Pädagog. Hochschulen	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2008
OwnerIn der Initiative: BMWF, BMLFUW	PartnerInnen: W, die österr. Hochschulen	
<p>Kurzbeschreibung: Der Sustainability Award, der alle zwei Jahre nach einem Ausschreibungsverfahren von den beiden Bundesministern vergeben wird, ist ein integraler Bestandteil der Österreichischen Strategie für Bildung für Nachhaltige Entwicklung und thematisiert Nachhaltigkeit an allen österreichischen Hochschulen. Der Award trägt dazu bei, dass Nachhaltigkeit nicht nur ein Lippenbekenntnis im universitären Leitbild bleibt, sondern Teil des Universitätsalltags wird. Er macht bereits bestehende Projekte von überzeugten und kompetenten Nachhaltigkeitspionieren sichtbar und fördert die interne Kommunikation und Koordination dieser Projekte innerhalb der Universitäten, sodass Nachhaltigkeit verstärkt in der Universitätskultur verankert wird.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ 11.03.2008: 1. Verleihung Sustainability Award ➤ 08.03.2010: 2. Verleihung Sustainability Award ➤ März 2012: 3. Verleihung Sustainability Award geplant ➤ März 2014: 4., die UN-Dekade zur BNE abschließende Verleihung Sustainability Award geplant 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Der Sustainability Award regt zum systematischen Austausch von Beispielen guter Praxis zwischen verschiedenen österreichischen Hochschulen an und vertieft das Bewusstsein darüber, dass Nachhaltigkeit einen wesentlichen Aspekt universitärer Entwicklung weltweit darstellt.</p>		

Studentische Initiativen für nachhaltige Entwicklung (INEX, Go EcoSocial)	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2009
OwnerIn der Initiative: BMWF	PartnerInnen: BMUKK, BMLFUW, W	
<p>Kurzbeschreibung: Die Sustainability Challenge von INEX (www.inex.org) verbindet Naturwissenschaft und Technik mit Ökonomie und Politikwissenschaft. Im Sommersemester 2010 gab es erstmals eine interuniversitäre/interdisziplinäre Lehrveranstaltung zum Thema Nachhaltige Entwicklung gemeinsam von Universität Wien mit TU Wien, BOKU und WU. Angesichts des großen Erfolgs dieser ersten Sustainability Challenge im Jahr 2010 wurde seitens INEX bereits die Durchführung einer Folgeveranstaltung vorbereitet, die vom BMWF weiterhin unterstützt wird.</p> <p>Kern von Go EcoSocial ist die gleichnamige webbasierte Plattform für Masterarbeiten (www.go-ecosocial.at). Das ökosoziale Studierendenforum akquiriert Themen von ProfessorInnen, Unternehmen und Organisationen, vermittelt diese an Studierende und koordiniert. Das Spektrum reicht von makroökonomischen Forschungsfragen über nachhaltige Entwicklung bis hin zu technischen Problemstellungen aus dem unternehmerischen Umfeld. Das Projekt wird vom BMWF gefördert.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <p>INEX – Sustainability Challenge:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ 3/2010: Kick-Off-Veranstaltung der INEX Sustainability Challenge 2010 ➤ 3/2010-6/2010: Durchführung der interdisziplinären und interuniversitären Lehrveranstaltung 2010 ➤ 28.06.2010: Abschluss-Veranstaltung 2010 ➤ 2011: Weiterführung der Lehrveranstaltung <p>GO EcoSocial:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ende 2009: Akquisition von Forschungsfragen und Diplomarbeitsthemen; Aufbau eines BetreuerInnen- und Unternehmens-Pools ➤ 30.11.2009: Launch des Masterarbeiten Portals im Rahmen der Veranstaltung „Wissen schafft Verantwortung“ ➤ Seit Anfang 2010 laufend: Akquisition weiterer Diplomarbeitsthemen; Erweiterung des BetreuerInnen- und Unternehmens-Pools, Vermittlung von Masterarbeiten 		
<p>Wirkungen und Mehrwert:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Interdisziplinärer Erfahrungs- und Wissensaustausch Austausch zum Thema Nachhaltigkeit zwischen Lehrenden und Studierenden unterschiedlicher Universitäten ➤ Weiterbildung und Vernetzung von Lehrenden und Studierenden im Bereich Nachhaltigkeit ➤ Sensibilisierung von Studierenden für die Anliegen ökosozialer Marktwirtschaft und nachhaltiger Entwicklung 		

Ökologischer Fußabdruck - Österreichplattform	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2009
OwnerIn der Initiative: Sbg	PartnerInnen: BMLFUW, Stmk, Nö,	
<p>Kurzbeschreibung: Das Konzept des ökologischen Fußabdrucks hat sich als eine sehr gute Möglichkeit herauskristallisiert, um die Thematik einer nachhaltigen Entwicklung anschaulich zu präsentieren und darauf aufbauend notwendige Veränderungen in der persönlichen Lebensführung zu diskutieren. Die gemeinsame Initiative will:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ die vorhandenen Inhalte weiterentwickeln und die öffentlich zugängliche Darstellung professionalisieren ➤ den vorhandenen Fußabdruckrechner an die erkannten Notwendigkeiten anpassen, um ihn als Tool zur Sichtbarmachung nicht nachhaltiger Trends in der Lebensführung und von Veränderungsmöglichkeiten besser anwenden zu können ➤ bestehende Kooperationen z.B. mit Erwachseneneneinrichtungen, kirchlichen Einrichtungen ausbauen und vertiefen 		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Diskussion der Notwendigkeiten, den Fußabdruckrechner weiterzuentwickeln und Ableitung eines Aufgabenprofils für eine öffentliche Ausschreibung (bis Sommer 2011) ➤ Adaptierung des Fußabdruckrechners und ggf. gemeinsame Beauftragung (bis Mitte 2012) ➤ Vernetzungstreffen der Akteure (maximal ein Mal pro Jahr) 		
<p>Wirkungen und Mehrwert:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bewusstseinsbildung für den Ressourcenverbrauch ➤ Kostenersparnisse bei der Einführung der Aktion und bei der Verwendung bereits erstellter Instrumente, Bildungsbausteine ➤ Nutzung von Synergien 		

„Schule und Gärten“: Im Garten und mit der Natur Leben-Lernen	Status: in Planung	Laufzeit: von 2011 bis 2013
OwnerIn der Initiative: Nö	PartnerInnen: BMUKK	
<p>Kurzbeschreibung: Ausgehend vom Thema Garten, wo vernetztes Denken aufgebaut, praktisches Gestalten, Handeln, Ausprobieren möglich und nachhaltige Entwicklung ganz unmittelbar und spielerisch erlebbar ist, soll die Basis bei Kindern und SchülerInnen geschaffen werden, Verantwortung zu übernehmen - für den Kindergarten, die eigene Schule, das Schulumfeld und letztlich für die Gesellschaft. Die SchülerInnen können bei der gärtnerischen Betätigung praktische Erfahrungen sammeln und die Stärken eines umsetzungsorientierten, fächerübergreifenden Ansatzes (Techniken, Methoden, Zukunftskonzepte, gesellschaftspolitische Ideen und Konzepte, Demokratie) im Unterricht unmittelbar erleben</p>		

und selbst erlebbar, sowie erlernbar machen.

Im Rahmen der Initiative soll auf Basis bestehender Konzepte (BINE), einschlägige Kindergarten- und Schulnetzwerke und Themenschwerpunkte wie z.B. für ÖKOLOG, Klimabündnis, Gesunde Schule, Nationalpark, Faire Schule, learnscapes ein Bezugsrahmen für nachhaltige Schulpädagogik – ausgehend vom Thema Garten – entwickelt, pilothaft erprobt und einem breiten Diskussionsprozess zugeführt werden. Die Initiative nimmt dabei am Vorbild der „Campaign for School Gardening“ (GBR) Anleihe und setzt auf ein langfristig tragfähiges 5-stufiges Rahmenschulprogramm.

Meilensteine:

- Sept. 2011-Mai 2012: Erstellung des Grundkonzeptes (Moderierte Einbindung der Akteure)
- Ab Sept. 2012 : Pilotphase mit einer Auswahl an Schulen
- Ab Jän. 2013: Vertiefung und Detailausarbeitung des Rahmenprogramms für die Verbreitung
- Ab Sept. 2013: Verankerungsphase (z.B. mit je einem Kindergarten bzw. einer Schule je Bezirk)

Wirkungen und Mehrwert:

SchülerInnen

- Leben-Lernen: Learning by doing; Naturkreisläufe, Wirkungszusammenhänge, vernetztes Denken, Prozesserfahrungen durch Rhythmen und Pflege; „Verantwortung übernehmen lernen“ , Gesundheitsvorsorge

Schule/Gemeinde

- Neue Möglichkeit zur Strukturierung (zB. Ganztagschulangebote) und Verbesserung des Schulimages durch Verbindung von Natur/Garten mit der Schule (u.a. Ökologisierung und schönere Gestaltung)
- Verbesserung der Beziehung Schule zu wichtigen Anspruchsgruppen bzw. der Gemeinde durch zielgerichteten Dialog und Nachhaltigkeits-Projekte
- Durch das Stufenmodell viele Möglichkeiten aber kein Zwang; Durch das Schneeballmodell der Einführung gute Absicherung im internen Austausch

Politik

- Ein klares Signal in Richtung Modernisierung des Bildungssystems
- Förderung einer konstruktiven, lebendigen Verbindung von Schule und Gemeinde und dadurch Stärkung der kommunalen Entwicklung , Anregen der Selbstverantwortungs-, Gestaltungsmechanismen in den Schulen – schafft Basis für höhere Zufriedenheit bzw. Einsparungen

Insgesamt ist die Initiative: innovativ, übergreifend (soziale, ökologische, wirtschaftliche Aspekte), relevant, langfristig ausgerichtet.

Prozesse und Instrumente zur Nachhaltigkeitsmessung und –prüfung auf Länderebene	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2011 bis 2012
OwnerIn der Initiative: Vbg	PartnerInnen: Oö, W, Nö, T, Stmk, Sbg, Bgld	
<p>Kurzbeschreibung: Mit der Integration von Nachhaltiger Entwicklung in Politikstrategien gibt es auch Forderungen nach einer Sichtbarmachung von Wirkungen von Projekten und Programmen für eine Nachhaltige Entwicklung des Landes, um Maßnahmen zielsicher und effizient zu begleiten. Auch der Rechnungshof empfahl 2010 in seinem Bericht über die Nachhaltige Entwicklung in Österreich, dass im Zuge der Festlegung der Ziele und der erwünschten Wirkungen regionaler Nachhaltigkeitsstrategien ein passendes Indikatorensystem festzulegen wäre, das auf den existierenden, teilweise vernetzten Indikatorensystem aufbaut und diese um die länderspezifischen Anforderungen und/oder Details ergänzt. Die sehr unterschiedlichen Zugänge und Verständnisse von Nachhaltigkeit, aber auch die Vielfalt im Selbstverständnis von Verwaltung machen die Entwicklung von Instrumenten zur Messung von Nachhaltigkeit zu einer komplexen Aufgabe. Gleichzeitig macht eine Abstimmung der Messinstrumente Sinn, um die Vergleichbarkeit von Entwicklungen zu ermöglichen. Wichtig ist auch die Auseinandersetzung mit der Akzeptanz und Einbindung von Instrumenten in das Governance-System.</p> <p>In verschiedenen Bundesländern und beim Bund gibt es seit Jahren Bemühungen zur Nachhaltigkeitsmessung. So wurde im Bundesland Vorarlberg bereits seit 2001 intensiv an diesem Thema gearbeitet. Die Erfahrungen aus Vorarlberg bündeln sich im Büro für Zukunftsfragen im Amt der Vorarlberger Landesregierung und seit 2005 in der gemeinnützigen GmbH Kairos - Wirkungsforschung & Entwicklung. Teils gemeinsam, teils in eigenen Projekten haben beide Institutionen Instrumente entwickelt und auch in Anwendung gebracht. Dabei wurde weniger mit statistischen Daten, sondern mehr mit moderierten Verfahren zu objektivierte Einschätzung von heterogenen Gruppen gearbeitet. Diese und andere Beispiele können als Lernerfahrungen für die ÖSTRAT dienen.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ 31. 1. 2011 Workshop zum Thema in Salzburg mit VertreterInnen aus den Ländern und dem Bund ➤ Behandlung in der Nachhaltigkeitskoordinatorenkonferenz am 4./5. 4. 2011 ➤ Workshop (26. 9. 2011) der Länder zur Abstimmung eines Positionspapiers und zum Erfahrungsaustausch ➤ Bei Bedarf Workshop zu Erfahrungen mit konkreten, praxiserprobten Instrumenten ➤ Bei Bedarf Abstimmung der Erfahrungen zwischen den Bundesländern und dem Bund 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Abstimmung der Messinstrumente macht Sinn, um die Vergleichbarkeit von Entwicklungen zu ermöglichen. Konkrete Behandlung im Governancesystem</p>		

Soilart - Nachhaltigkeit erlebbar machen durch Verbindung von Naturwissenschaften, Kunst und Geschichte	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 201 bis 2013
OwnerIn der Initiative: Nö	PartnerInnen: BMUKK	
<p>Kurzbeschreibung: Soilart steht für ein Segment in der Bildung Nachhaltiger Entwicklung in der mit dem Bezug Boden Systemzusammenhänge erfassbar, erlebbar und Themen der Nachhaltigkeit angesprochen werden können. Über Kunst, die Nachhaltigkeit vermittelbar/begreifbar zu machen und im Speziellen einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit dem Boden zu vermitteln, sind Ziele dieser Initiative.</p> <p>Dabei sollen alle einschlägigen Aktivitäten, Produkte, Methoden zusammengetragen und für die Bundesländer kostengünstig bzw. kostenfrei zur Verfügung gebracht werden. Darüber hinaus soll der in Tschechien aktuell erprobte Projektansatz von "Boden, Geschichte und Kunst" auch für Österreich geprüft und gegebenenfalls im Sinne von BINE weiterentwickelt und angeboten werden.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Schuljahr 2011/2012 - Grenzüberschreitender Kreativwettbewerb „Malen mit den Farben der Erde“ (NÖ + Slowakei + Ungarn) ➤ März 2012 – 2. Netzwerkveranstaltung „Praxistag zu Nachhaltigkeit und Bodenschutz“ (Umsetzung von Projekten in Ö und im Donauraum) ➤ ab Sommer 2012 – SOILART-Ausstellung mit den prämierten Erdfarben-Siegerwerken geht auf Tournee ➤ 2013 – 3. Internationale Netzwerkveranstaltung (Abschluss und Impuls zur Verbreitung der Aktivitäten in Europa) 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Soziales und Ökologie; innovativ mit Ö-Dimension und in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern.</p>		

2.7 Themenfeld: Good Governance – Qualitätsvolle Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft

2.7.1 Hintergrund

Das Verhältnis Staat-Zivilgesellschaft verändert sich: Hierarchische Strukturen weichen einem partnerschaftlichen Verhältnis auf gleicher Augenhöhe. Dies geschieht einerseits, um dem Vertrauensverlust in politische Institutionen zu begegnen und das Vertrauen der BürgerInnen in die politischen Institutionen zu sichern. Andererseits wird durch die Erhöhung der gesellschaftlichen Teilhabe ein wichtiger Beitrag zum EU-Ziel der gesellschaftlichen Integration geleistet. Good Governance strebt eine qualitätsvolle Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse nach den Prinzipien Transparenz, Partizipation, Kohärenz, Integration, Verantwortlichkeit, Reflexivität und Langfristigkeit an.

Nachhaltige Entwicklung braucht Beteiligung: Gesellschaftliche Diskussions- und Aushandlungsprozesse sind wichtig, um ökonomische, soziale und ökologische Anliegen miteinander in Einklang zu bringen und den verschiedenen Dimensionen der Vielfalt (Ethnie, Religion, Alter, Geschlecht, Behinderung, sexuelle Orientierung) Rechnung zu tragen. Diese Prozesse gilt es zu organisieren. Sie brauchen Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien. Die Möglichkeit zur Beteiligung an der Politikgestaltung sowie das Gefühl, von den EntscheidungsträgerInnen ernst genommen zu werden und Einfluss nehmen zu können, sind wichtige Faktoren für Lebensqualität. So kann die Etablierung der Instrumente zur partizipativen Folgenabschätzung den Dialog, wie viel Risiko eine Gesellschaft akzeptiert, stärken und generell die Qualität der Politikgestaltung verbessern helfen. Um in der Umsetzung der Strategie den Aspekt der Partizipation sicherzustellen, dienen die im Jahr 2008 beschlossenen „Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“ als fachliche Grundlage.

Instrumente für eine kohärente Politikgestaltung weiterentwickeln: Ziele verschiedener Politikbereiche sollen einander nicht widersprechen sondern sich gegenseitig verstärken. Dies gilt sowohl für die Kohärenz verschiedener sektoraler Politiken, als auch für die Abstimmung der verschiedenen politischen Ebenen (multi-level Governance). Mittel- und langfristige Veränderungen setzen ein "Übergangsmanagement" ganzer Systeme und eine an langfristigen Zielen orientierte Politik voraus. Zielkonflikte auf sachlicher, räumlicher und zeitlicher Ebene sind zu identifizieren und auszuarbeiten. Entscheidend dazu sind Governance Instrumente für eine kohärente Politikgestaltung wie Indikatoren für das Monitoring nachhaltiger Entwicklung und die damit abgestimmten Instrumente der Folgenabschätzung für nachhaltige Entwicklung.

Nachhaltigkeit braucht flexible und entwicklungsfähige Institutionen und Organisationen. Deren Fähigkeiten, sich an strukturelle gesellschaftliche Veränderung und unerwartete Schocks anzupassen, sollen gestärkt werden.

Gender und Diversity: Verschiedenheit unter Menschen ist durch die soziale Lage, Geschlecht (Gender), ethnische Zugehörigkeit, Alter, Lebensführung, sexuelle Orientierung, aber auch durch die Tatsache, behindert oder nicht behindert zu sein, gekennzeichnet. All diese Unterschiede sind beim Aufeinandertreffen und im Umgang mit Menschen von Bedeutung und bedürfen der Berücksichtigung. Bei dem Thema Gender und Diversity geht es darum, diese Unterschiede zu sehen, wahr zu nehmen und zu versuchen, einen fruchtbaren Umgang mit ihnen zu

entwickeln. Gerade in Beteiligungsverfahren und Nachhaltigkeitsprozessen kann und soll mit diesen Umständen wertschätzend umgegangen werden, ihnen Platz eingeräumt und konkrete Maßnahmen gesetzt werden. In Entscheidungsbildungsprozessen sind bewusstseinsbildende Maßnahmen und die Auseinandersetzung mit Wertvorstellung ein wesentlicher Bestandteil gender- und diversitygerechter Aktivitäten und Interventionen.

2.7.2 Herausforderungen und Ziele

- Ziel ist die Modernisierung von Politik- und Verwaltungshandeln. Dazu soll eine **Kultur der Kooperation** etabliert und ausgebaut, sowie der Nutzen eines kooperativen Politikstils vermittelt werden. Dazu ist es auch erforderlich, Themenfelder der nachhaltigen Entwicklung langfristig (über Legislaturperioden hinaus) außer Streit zu stellen und abzusichern. Dazu müssen die Prinzipien und der Nutzen einer nachhaltigen Entwicklung an verschiedene Zielgruppen kommuniziert und mit Instrumenten unterstützt werden. Um geeignete Informationsgrundlagen für den Dialog zwischen Politik/Verwaltung und BürgerInnen zur Verfügung zu haben, ist es erforderlich, den Wohlstand und die Lebensqualität einer Gesellschaft umfassender als durch die Bewertung von materiellen Gütern abzubilden. Dazu ist die Weiterentwicklung von geeigneten Messgrößen unter Beachtung der internationalen Entwicklungen und die gezielte Verbreitung dieser Arbeiten in der Öffentlichkeit und Politikberatung notwendig.
- Nachhaltige Entwicklung erfordert **Kooperation und Abstimmung im politischen Mehrebenensystem**. Ziel ist die subsidiäre Durchgängigkeit und Durchlässigkeit von Politiken - von der globalen und EU-Ebene über die nationale, Länderebene und regionale/lokale Ebene (vertikale Integration) sowie die Abstimmung zwischen verschiedenen Politikbereichen (horizontale Integration). Die mittel und langfristigen Auswirkungen von Politiken, Plänen, Programmen und Rechtsakten auf Ziele der nachhaltigen Entwicklung sollen sichtbar gemacht und in die Entscheidungen frühzeitig einbezogen werden. Nachhaltige Entwicklung soll leitend für die Gestaltung der Verwaltungs-Management-Systeme werden, die der Landes- und Bundesverwaltungen zugrunde liegen. Die parlamentarische Ebene ist in diese Überlegungen mit einzubeziehen. Dazu fordert die erneuerte EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung und der Rechnungshofbericht Bund 2010 auf, stärker auf die Instrumente der Folgenabschätzung auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung zurückzugreifen, wenn öffentliche Mittel eingesetzt und Regelungsvorhaben, Strategien, Programme und Projekte entwickelt werden. Dabei sollen nicht nur Zielkonflikte transparent gemacht, sondern auch die Aspekte nachhaltiger Entwicklung systematisch und vor allem frühzeitig unter Beteiligung der Betroffenen eingebracht werden. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde in Form der wirkungsorientierten Folgenabschätzung für Regelungsvorhaben im Rahmen der Bundeshausrechtsreform ab 2013 gesetzt. Dabei sind jedenfalls finanzielle, wirtschafts-, umwelt-, konsumentenschutzpolitische sowie Auswirkungen auf die Verwaltungskosten für BürgerInnen und für Unternehmen, Auswirkungen in sozialer Hinsicht und insbesondere auch auf die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen zu berücksichtigen. Auch das österreichische Indikatorensystem für das Monitoring nachhaltiger Entwicklung soll stärker mit den politischen Entscheidungsprozessen verknüpft und mit den Fortschrittsberichten zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung in Österreich besser vernetzt werden.
- Um **Partizipation zu fördern** sollen Gelegenheitsstrukturen geschaffen werden, die den Veränderungen im bürger-/zivilgesellschaftlichen Engagements besser entsprechen. Neue Formen der partizipativen als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie sollen gefördert und gestärkt werden und die Öffentlichkeit in die Politikgestaltung eingebunden werden. Besonderes Augenmerk soll auf die Einbeziehung von schwer

erreichbaren Gruppen (wie beispielsweise MigrantInnen, Kinder/Jugendliche usw.) und auf die Förderung von Evidenz- und wissensbasierten Politik durch ausreichende Forschungsfinanzierung und wissenschaftliche Kapazität (informational Governance) gelegt werden. Beteiligungsprozesse zur Entwicklung von Politiken, Plänen, Programmen und Rechtsakten im Bereich der Bundes- und Landesverwaltung und der Grad der Beteiligung sollen optimiert werden. Ziel ist eine breite und ausgewogene Einbindung der Öffentlichkeit (NGOs, Interessengruppen, EinzelbürgerInnen). Damit soll ein Beitrag zur Stärkung einer „aktiven BürgerInnenschaft“ geleistet werden, die darüber hinaus auch im Sinne eines verstärkten Verbundenheitsgefühls mit der Europäischen Union gefördert werden soll („Active European Citizenship“). Eine wesentliche Rolle in diesem Zusammenhang spielen die E-Democracy und E-Participation, deren Ziel die Nutzung des Potentials elektronischer Medien zur Stärkung und zum Ausbau der Demokratie durch breite Einbindung der BürgerInnen und Nutzung des Wissens aller Beteiligten für bessere Prozesse und Ergebnisse in Politik, Verwaltung und Gesellschaft ist.

- Um **eine kritische Reflexion** kontinuierlich zu ermöglichen, ist eine konstruktive Begleitung der Planungs- und Umsetzungsaktivitäten der Strategie durch externe ExpertInnen wie insbesondere das „Forum Nachhaltiges Österreich“ eine wichtige Hilfestellung. Die Sicht von unabhängigen Dritten hat weiters die Funktion, auf „hot-spots“ nicht-nachhaltiger Trends hinzuweisen sowie die Nachhaltigkeitspolitik und deren Umsetzungsprozess insgesamt zu begleiten. Ebenso sind in der Umsetzung der ÖSTRAT dialogische Prozesse mit der Wirtschaft und Zivilgesellschaft verstärkt anzustreben und bei Problemlösungen einzubinden. Die Medien sind aktiv zum Dialog über Nachhaltigkeit einzuladen.
- **Gender Mainstreaming:** Die Umsetzung der Gender Mainstreaming-Strategie in allen Themenfeldern stellt ein zentrales Anliegen dar. Ziel von Gender Mainstreaming ist, eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen und in allen Phasen durch alle an politischen Entscheidungen beteiligten Akteure und Akteurinnen einzubeziehen (Europarat Straßburg 1998); als Querschnittsaufgabe berührt Gender Mainstreaming somit sämtliche Politikfelder und AkteurInnen.

2.7.3 Initiativen

Förderung von Öffentlichkeitsbeteiligung in Österreich	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2005 bis 2015
OwnerIn der Initiative: BKA	PartnerInnen: BMLFUW, V, Oö	
<p>Kurzbeschreibung: Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung: Im Juli 2008 hat der österreichische Ministerrat die „Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“ beschlossen und damit der österreichischen Bundesverwaltung zur Anwendung empfohlen. Die Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung sind als Service und Unterstützung für VerwaltungsmittelarbeiterInnen gedacht. Diese bekommen eine Orientierung für die gute Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung und müssen – ganz im Sinne der Verwaltungseffizienz – „das Rad nicht jedes Mal neu erfinden“. Seither haben folgende Aktivitäten stattgefunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Veröffentlichung der Standards (Internet; Herausgabe der Broschüre "Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung"); ➤ Erarbeitung eines Praxisleitfadens, der auf www.partizipation.at zur Verfügung steht; Gründung der Plattform "Öffentlichkeitsbeteiligung" für 		

die Bundesverwaltung;

- Aktivitäten zur Förderung der Standards (z.B. Kontakte mit den Bundesländern und zivilgesellschaftlichen Organisationen);
- Einrichtung einer Internet-Plattform auf „digitales Österreich“ (seit Herbst 2010)
- Vorträge (100% wird aber weitergeführt)

Für 2011 geplant:

- Workshop und Vorträge zum Thema;
- Einrichtung einer Internet-Informationsplattform auf help.gv.at.
- Durchführung von Pilotprojekten im Bereich der Bundesverwaltung.
- Forschungsprojekt Bürgerräte (Koordination + Leitung: Büro für Zukunftsfragen, Lebensministerium), Forschungspartner und Umsetzung: 15 - 20 Bürgerräte in verschiedenen Bundesländern, Ausbildung 42 TeilnehmerInnen, Evaluation (EIPP European Institut for Public Participation, Kairos), Gesamtkosten € 180.000, Handbuch Bürgerbeteiligung, Positionspapier Partizipation, in Arbeitsgruppe entwickelt, Schulungsangebot im Rahmen der Verwaltungsakademie. Infos auf der Homepage:

http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/umwelt_zukunft/zukunft/buerofuerzukunftsfragen/weitereinformationen/nachhaltigeentwicklung/projekte/buergerinnen-raeteinvorarl.htm

Meilensteine:

- MR-Beschluss im Sommer 2011, gemeinsam mit einem Praxisleitfaden zu den ÖB Standards
- zweitägiges Seminar zum Thema ÖBStd. In der VAB (April 2011)
- Gründung einer interministeriellen AG zum Thema „Förderung der ÖB“ im Bund
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (Video zum Thema ÖB auf Plattform „digitales Österreich“)

Wirkungen und Mehrwert:

- Erfahrungs- und Wissensaustausch zum Thema Öffentlichkeitsbeteiligung innerhalb des Bundes sowie zwischen Bund und Bundesländern verstärken
- Qualität der Öffentlichkeitsbeteiligung durch die Arbeit an gemeinsamen Standards, guten Beispielen und innovativen Methoden verbessern
- eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen Politik/-Verwaltung, Interessengruppen sowie Bürgerinnen und Bürgern durch die Auseinandersetzung mit Öffentlichkeitsbeteiligung etablieren

Netzwerk der Netzwerke	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2002
OwnerIn der Initiative: BKA	PartnerInnen: BMASK, BMLFUW, BMVIT	

Kurzbeschreibung: Die Initiative „Netzwerk der Netzwerke“ fördert eine offene und partnerschaftliche Zusammenarbeit von Menschen und Organisationen mit ähnlichen Interessen. Es verknüpft Netzwerke verschiedenster Politikbereiche wie z.B. Gender Mainstreaming, Umwelt, Arbeitsmarkt, Bildung und Soziales, Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Nachhaltigkeit, Technologie, Innovation, Regionalentwicklung und Raumordnung. Primär stellt das Netzwerk der Netzwerke eine Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch der beteiligten Bundesministerien und Netzwerke dar (s.u. <http://www.bka.gv.at/site/5086/default.aspx>).

Meilensteine:

- 2009-03-13: Netzwerke-Koordinationstreffen: Aktivitäten 2009+ und Kooperationsbedarf
- 2010-11-23: LEADER Forum 2010: "Leader und LA21: Beteiligung – Entwicklung - Lebensqualität"
- 2010-12-03: Netzwerke-Koordinationstreffen: Informations- und Erfahrungsaustausch; Themen: Nachhaltigkeit, Krise, EU-Kohäsion und Jugend
- 2011: dzt. in Planung: Netzwerke-Veranstaltung LEADER und Regionalmanagement Österreich über interkommunale Kooperation
- 2012: Netzwerke-Koordinationstreffen: Informations- und Erfahrungsaustausch; Thema: neue EU-Kohäsionspolitik 2014+
- 2013: Netzwerke-Koordinationstreffen: Informations- und Erfahrungsaustausch; Themen entsprechend Bedürfnissen und Interessen der Netzwerke-PartnerInnen

Wirkungen und Mehrwert: Die Initiative eröffnet ganz im Sinne „weicher“, kommunikations-orientierter Verfahren („Governance“) – folgende Möglichkeiten:

- Lernprozesse organisieren
- Wissen der AkteurInnen erschließen
- Aktivitäten – sofern erforderlich: gemeinsam – initiieren
- Aktivitäten effizient koordinieren

Planungs- und Evaluationsinstrumente zur Umsetzung der ÖSTRAT bzw. regionaler Nachhaltigkeitsziele	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2011 bis 2013
OwnerIn der Initiative: BMLFUW	PartnerInnen: Vbg, Bgld, Ktn, Nö, Stmk, T	
<p>Kurzbeschreibung: Nach der Erstellung der ÖSTRAT und entsprechender Strategien auf Länderebene soll gewährleistet werden, dass die Umsetzung der Ziele bei Projekten, Rechtsakten und Politiken erfolgt. Vorhaben sollen deshalb in der Planungsphase auf ihre möglichen Wirkungen überprüft werden. Dazu ist ein Instrument erforderlich, das möglichst effizient und einfach anwendbar ist. Es soll bei den Verantwortlichen einen Lernprozess</p>		

ermöglichen und größtmögliche Unterstützung bei der Optimierung des Vorhabens zugunsten nachhaltiger Entwicklung gewährleisten. Abgestimmt mit einem Planungsinstrument (als Projekt-Check in Vorarlberg bereits in ähnlicher Form als „Verwaltung.hoch4“ konzipiert, als „Handbuch für die Erarbeitung von Politiken und Rechtsakten zugunsten nachhaltiger Entwicklung“ des Lebensministeriums vor Veröffentlichung) ist die Evaluation der Umsetzung der Vorhaben durchzuführen. Möglichkeiten einer praktikablen Implementierung in den beteiligten Verwaltungen sind aufzuzeigen.

Meilensteine:

- Frühjahr 2011: Vorstellung von Instrumenten
- 2012 Gemeinsamkeiten für verschiedene Anwendungen sind herausgearbeitet
- 2013 Instrumente liegen vor

Wirkungen und Mehrwert:

- Vorausschauende Planung erhöht Effizienz und Wirksamkeit
- Der Lernprozess bei den Anwendern bewirkt eine Verbreitung der Umsetzung Nachhaltiger Entwicklung
- Das Aufbauen auf bestehende Instrumente der öffentlichen Verwaltung führt zu einem effizienten Einsatz von Ressourcen
- Die Zusammenführung bestehender Instrumente der öffentlichen Verwaltung erhöht ihre Wirksamkeit und Nachvollziehbarkeit und stärkt das Vertrauen in politische Prozesse

Innovationen in der Nachhaltigen Entwicklung des Landes (in Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft)	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2011
OwnerIn der Initiative: Vbg	PartnerInnen: Oö	
<p>Kurzbeschreibung: Um gemeinsam zu lernen, tauschen sich die Nachhaltigkeitsstellen der Länder Vorarlberg und Oberösterreich über konkrete Erfahrung bei Strategie- und Umsetzungsprozessen aus. Anlass sind die ähnlichen Herausforderungen bei der aktiven Gestaltung des Wandels und bei der Unterstützung der Politik bei zukunftsorientierten Themen als Stabsstellen, die für Nachhaltigkeit und Innovation zuständig sind. Wichtig ist dabei die Orientierung an Selbstorganisationsprozessen, an dialogischem Austausch und Bürgerbeteiligung. Folgende Fragen sollen bei dieser Zusammenarbeit angesprochen werden</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Wie kann Nachhaltigkeit aus systemischer Sicht neu gedacht werden? ➤ Wie bringt man NE und Innovation in Verwaltung und Politik? ➤ Wie werden wichtige Themen der Politik für eine NE relevant? ➤ Wie können wir bei der Entwicklung von Prozessdesigns im Rahmen der NE voneinander lernen? ➤ Wie kann aus einem New Public Management ein Sustainability Management werden? 		

Anfangs ist es als strategisches Projekt auf die Rolle der Stabstelle in der Landesverwaltung zugeschnitten und wird vorerst bilateral begonnen, später dann kann es weitere Krise ziehen.

Meilensteine:

- Workshop am 11.4.2011 in Innsbruck
- Weitere Workshops und Erweiterung

Wirkungen und Mehrwert: Gemeinsame Erfahrungen, gemeinsam bewerten und bearbeiten für eine aktive Gestaltung des Wandels und Unterstützung der Politik bei zukunftsorientierten Themen.

2.8 Themenfeld: Öffentliche Gesundheit, Prävention und Altern

2.8.1 Hintergrund

Gesundheit und Gesundheitssystem:

Die Entwicklung im Bereich Gesundheit bietet sowohl in Österreich als auch in der EU insgesamt kein einheitliches Bild. Einerseits sind Fortschritte zu verzeichnen, was die Anzahl (gesunder) Lebensjahre betrifft, die Frauen und Männer zu erwarten haben, wie auch bei der rückläufigen Sterblichkeit aufgrund chronischer Krankheiten. Dem Arbeitnehmerschutz soll auch in Zukunft eine wesentliche Bedeutung zukommen. Zudem sind die Menschen stärker werdenden physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt.

Andererseits ist das Gesundheitssystem konfrontiert mit einschneidenden demografischen Veränderungen aufgrund geringer Geburtenraten, steigender Lebenserwartung, der Zunahme an chronischen Erkrankungen und mit gestiegenen psychosozialen Anforderungen. Dazu kommt ein hoher finanzieller Mehrbedarf aufgrund technologischer Fortschritte, sowie Kosten, die sich aus organisatorischen und strukturellen Rahmenbedingungen des österreichischen Gesundheitswesens ableiten.

Es sind daher Maßnahmen erforderlich, die dazu beitragen, den Gesundheitsstatus der Bevölkerung zu verbessern und die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich zu stabilisieren. Die demografische Entwicklung bringt aber nicht nur das Gesundheitssystem unter Finanzierungsdruck, sondern erschwert auch die Finanzierung des bestehenden, auf dem Generationenvertrag aufbauenden Pensionssystems. Der Beseitigung von gesundheitlichen Hindernissen, wie vorzeitige Arbeitsunfähigkeit, die der Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionsalter im Wege stehen, kommt daher zentrale Bedeutung zu.

Gesundheitsförderung und Prävention:

Neben der Stärkung der individuellen Gesundheit und der Förderung gesunden Verhaltens bedarf es gesunder Lebenswelten. Familie, Schulen und Betriebe müssen es den Menschen ermöglichen, gesund zu bleiben. Daher bedarf es vermehrter Aufmerksamkeit, dass die seelischen und psychischen Grundlagen für ein Leben in Gesundheit gefördert und erhalten bleiben sowie durch die Lebensweise und die Ernährung bedingte Krankheiten, wie etwa Übergewicht, hintangehalten werden. Besonders wichtig sind auch die primäre und sekundäre Prävention und Gesundheitsförderung in allen Lebenswelten sowie der beruflichen Rehabilitation.

2.8.2 Herausforderungen und Ziele

- Sicherung eines (öffentlichen) Gesundheitswesens, das jedem Menschen in jeder Lebensphase gesundheitliche Vorsorge und Versorgung bei bestmöglicher Qualität, unabhängig von sozialem Status und sonstigen Merkmalen gewährleistet.
- Entwicklung einer umfassenden „Health in all Policies“ – Strategie und einer Präventionsoffensive mit den notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen.

- Verbesserung der Information über Gesundheitsgefährdung durch Umweltverschmutzung, Ernährung und Lebensweise, sowie über Gesundheitsförderung und Prävention.
- Verringerung chronischer, durch die Lebensweise und die Lebenswelten bedingter Krankheiten, durch Stärkung und Förderung gesunden Verhaltens (Ernährung, Bewegung, etc.), insbesondere unter Berücksichtigung der unterschiedlichen regionalen Entwicklungsniveaus und sozial benachteiligter Bevölkerungskreise.
- Sicherung und Weiterentwicklung hin zu einer gesundheitsförderlichen, geschlechter- und alter(n)sgerechten Arbeitswelt, u.a. durch betriebliche Gesundheitsvorsorge
- Gezielte Rehabilitationsmaßnahmen zur Senkung der Invaliditätsrate.

2.8.3 Initiativen

„Richtig essen von Anfang an“	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2008 bis 2011
OwnerIn der Initiative: BMG	PartnerInnen: HV, AGES, Stmk, Nö, StGKK, NöGKK	
<p>Kurzbeschreibung: Die österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES), das Bundesministerium für Gesundheit und der Hauptverband der Sozialversicherungsträger Österreichs machen mit dem Projekt „Richtig essen von Anfang an!“ die aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Säuglings- und Kleinkindernährung sowie der Ernährung für Schwangere und Stillende den Bürger/innen und Experten/innen zugänglich und unterstützen den Wissenstransfer in der Praxis. Richtig essen von Anfang an ist somit ein Gesundheitsförderungsprojekt mit Schwerpunkt auf die Adipositasprävention bei diversen Zielgruppen.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ 2009 – Basisrecherche (Epidemiologie, Modelle guter Praxis, Priorisierung von Handlungsfeldern) ➤ 2009 – Regionale und nationale Planung und Umsetzung der ersten Umsetzungsmaßnahmen ➤ 2010 – Erstellung Beikostguidelines, Evaluation der Kennzeichnung von Beikostprodukten, Umsetzung regional forcieren und begleiten ➤ 2011 – den österreichweiten Rollout Ernährungsberatung begleiten, Vernetzung der Akteure, Publikation der Evaluation Beikostprodukte, Aktualisierung der Beikostguidelines 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Mit Hilfe von Handlungsempfehlungen soll richtiges Essen ganzheitlich gefördert und somit die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden der Zielgruppe gesteigert werden. Diese Handlungsempfehlungen beinhalten unter anderem eine optimale Zufuhr von Mikro- und Makronährstoffen, die Gewährleistung qualitativ hochwertiger Ernährung und das Erlernen eines positiven Essenverhaltens, sowie die Schaffung gesundheitsfördernder Rahmenbedingungen. Schon vom frühesten Kindesalter an sollen im Bereich Ernährung wachsende Selbständigkeit erzielt, Eigenverantwortlichkeit gestärkt, eine Vielfalt von Lebensmittel kennen gelernt sowie geschätzt und die Freude an guten</p>		

Essen gefördert werden.

Kindergesundheitsdialog	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2010 bis 2011
OwnerIn der Initiative: BMG	PartnerInnen: BMUKK, BMASK, BMLVS-Sport, BMLFUW, BMWFJ, BMWF, Länder, HV	
<p>Kurzbeschreibung: Der Kindergesundheitsdialog hat zum Ziel, orientiert an den Determinanten für Gesundheit gemeinsam mit den anderen Stakeholdern eine Strategie zu erarbeiten, wie die Gesundheit von Kindern nachhaltig verbessert werden kann. Dabei soll sowohl der eigene Bereich nach eventuellen Problemfeldern durchleuchtet werden, als auch durch die Einbindung von Vertretern möglichst aller relevanten Bereiche sowie das Finden einer gemeinsamen Sprache mit den anderen Sektoren ein Prozess in Gang gesetzt werden, der das Bewusstsein stärkt für den Umstand, dass Gesundheit als Querschnittsmaterie in allen Politikbereichen entsteht („Health in all Policies“)</p> <p>Sechs Arbeitsgruppen beschäftigen sich bis Mai 2011 mit Ansatzpunkten und möglichen Maßnahmen zu den Themen: Gesundheitsförderung/strukturelle Prävention, Versorgung, psychosoziale Gesundheit, Rehabilitation, Risikoschwangerschaft/Risikogeburt, und Arzneimittel.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ September 2011: Präsentation der Kindergesundheitsstrategie ➤ In Planung: Einrichtung einer Koordinationsstelle Kindergesundheit, der ein intersektorales Advisory Board zur Seite gestellt werden soll. 		
<p>Wirkungen und Mehrwert:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ansatzpunkte und Lösungen finden für evt. Probleme im Bereich des Gesundheitssektors ➤ Vernetzung mit anderen Beteiligten erleichtert „Blick für’s Ganze“ und verbessert das Verständnis füreinander ➤ Agendasetting als wichtiger Schritt in Richtung kinderfreundliches Österreich ➤ Bewußtseinsbildung für den determinantenorientierten Gesundheitsbegriff und die daraus resultierende politikfeldübergreifende Verantwortung für Gesundheit (Health in all policies) steigern ➤ Durch die Einbindung aller relevanter Institutionen, Sektoren und Bereiche wird Erweiterung des Blickwinkels und Bündelung der Ressourcen bewirkt 		

Schaffung eines Nationalen Qualitätszertifikats für Alten- und Pflegeheime in Österreich	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2005
OwnerIn der Initiative: BMASK	PartnerInnen: Bgld, Ktn, Nö, Oö, Sbg, Stmk, T, Vbg, W, Österr. Seniorenrat, Dachverband der Alten- und Pflegeheime, IBG, KRAGES, Pflegeheim Diakonie,	

ARGE Alten- und Pflegeheime OÖ, Seniorenhaus Schützengarten, Seniorenheim Hollabrunn, ARGE Pflegedienstleistungen GeriatreiPro Senectute Österreich.

Kurzbeschreibung: Das Nationale Qualitätszertifikat (NQZ) ist das erste österreichweite einheitliche branchenspezifische Fremdbewertungsverfahren zur objektiven Bewertung der Qualität der Leistungserbringung von Alten- und Pflegeheimen in Österreich – besonders im Hinblick auf die Sicherstellung größtmöglicher individueller Lebensqualität der BewohnerInnen solcher Einrichtungen. Entwickelt wird das NQZ von einer vom BMASK gemeinsam mit dem Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs eingerichteten Arbeitsgruppe, in der alle Bundesländer und führende ExpertInnen aus den Bereichen Qualitätsmanagement und Altenarbeit vertreten sind. Ziel ist es u.a., die Qualität von Alten- und Pflegeheimen sichtbar zu machen und einen besonderen Anreiz für die branchenweite Weiterentwicklung selbiger zu geben. Zudem soll mit diesem einheitlichen System ein Wildwuchs an „Gütesiegeln“ in der Zukunft vermieden werden. In regelmäßigen Abständen trifft sich eine Arbeitsgruppe, in der auch die Vertreter der einzelnen Bundesländer mitarbeiten.

Meilensteine:

- Dez. 2010: Start Überleitungsphase (bis Ende 2012)
- Mär. 2011: Start Zertifizierungen – ÜL-Häuser (bis 2. Hälfte 2012)
- Mär. 2011: Start 2. Lehrgang für ZertifiziererInnen (bis Febr. 2012)
- 6./7. Apr. 2011: Info-Workshop für Rezertifizierungen und nachnominierte ÜL-Häuser, Sitzung der Bund/Länder Arbeitsgruppe NQZ
- Okt.- Dez. 2011: Rezertifizierungen Pilotheuser

Wirkungen und Mehrwert:

- Bemühen um Qualität auf allen Ebenen: Bemühungen um die Förderung und Erhaltung der psychischen und physischen Gesundheit, sowie um geschlechter- und alter(n)sgerechte Lebensbedingungen - im Interesse der BewohnerInnen
- Einheitliches, universell anwendbares Instrument zur Fremdbewertung für mehr Transparenz, und Vergleichbarkeit und Nachhaltigkeit (sowohl sozial als auch ökonomische Nachhaltigkeit)
- Zusätzlich zu den Vorgaben der Länder und Berufsgesetzen bewirkt das NQZ eine systematische Auseinandersetzung mit der Lebensqualität der BewohnerInnen als auch der Arbeitsqualität der MitarbeiterInnen, die teils sehr hohen Anforderungen entsprechen und standhalten müssen

“Fit2Work“ Beratungsangebot Arbeit & Gesundheit	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2011
OwnerIn der Initiative: BMASK	PartnerInnen: BMG, BMWFJ, BMF, AUVA, AMS, KV, PV, BSB, Arbeitsinspektion	
Kurzbeschreibung: Ziel ist ein flächendeckendes, niederschwelliges Beratungsangebot für Personen und Betriebe in Angelegenheiten von		

Arbeit und Gesundheit mit dem Schwerpunkt berufliche Sekundärprävention zu sichern.

Meilensteine:

- 1.1.2011: Arbeit-und-Gesundheit-Gesetz (AGG)
- 1.7.2011: Start Wien, NÖ, Stmk.
- Frühherbst 2011: Beginn Medienarbeit „Arbeit und Gesundheit“
- 2012: Ausbau in drei weiteren Bundesländern
- 2013: Vollausbau

Wirkungen und Mehrwert:

- Verhinderung von krankheitsbedingtem vorzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben durch Early Intervention und Optimierung des Maßnahmeneinsatzes der beteiligten PartnerInnen
- Einsparungen bei den SV-TrägerInnen, BSB und AMS

2.9 Themenfeld: Arbeit unter fairen Bedingungen für alle

2.9.1 Hintergrund

Erwerbsarbeit - selbständige wie unselbständige - stellt nach wie vor die bei weitem wichtigste Einnahmequelle für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dar. Die Erwerbstätigenquote von Frauen ist im letzten Jahrzehnt – in Österreich wie in der gesamten EU – noch deutlich gestiegen. Die in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise angestiegene Arbeitslosenquote konnte durch flankierende Maßnahmen der Bundesregierung deutlich reduziert werden, weswegen Österreich seit Monaten gemeinsam mit den Niederlanden die niedrigste Arbeitslosenrate in der EU hat.

Das deutliche Ansteigen des Durchschnittsalters der Erwerbstätigen (der Anteil der 55-64jährigen stieg in den letzten 15 Jahren in Österreich um 12 Prozentpunkte auf 42,5%) macht Arbeitsbedingungen, die älteren Menschen gerecht werden, zu einer immer dringenderen Notwendigkeit.

Während die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze seit Jahren gleichgeblieben ist, haben andere Formen der Erwerbstätigkeit größere Bedeutung erlangt. Zugenommen haben Teilzeit, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, besonders von Frauen, sowie andere atypische Beschäftigungsverhältnisse und Scheinselbständigkeit. Dass diese Entwicklungen zum Teil im Interesse der Beschäftigten liegen, ändert nichts an der Tatsache, dass aufrechte Arbeitsverhältnisse für einen Teil der Erwerbstätigen keinen Garanten für ausreichendes Auskommen darstellen. Der sogenannte Gender Pay Gap - also laut EU-Kommission der „relative Unterschied in den durchschnittlichen Brutto-Stundenlöhnen von Männern und Frauen in der Volkswirtschaft als Ganzes“ - ist in Österreich im europäischen Vergleich überdurchschnittlich deutlich ausgeprägt, was auch daran liegt, dass Frauen überdurchschnittlich in Teilzeit mit geringem Stundenausmaß arbeiten. Nicht zu vernachlässigen ist auch der Stellenwert unbezahlter Arbeit, die ebenfalls zum überwiegenden Teil von Frauen geleistet wird.

Die sich ändernden Verhältnisse bei der Arbeit schaffen neue Herausforderungen für den Schutz der ArbeitnehmerInnen. Auch ist weiterhin zu beachten, dass die Quote der Arbeitsunfälle auf Basis von Best Practice - Realisierungen deutlich gesenkt werden kann.

2.9.2 Herausforderungen und Ziele

- **Quantitativ:** Obwohl die mittel- bis längerfristigen Perspektiven der österreichischen Volkswirtschaft nach der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise wieder günstig sind, kann nicht ignoriert werden, dass die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts langfristig eine sinkende Tendenz aufweisen. Daher sollten Überlegungen angestellt werden, ob und wie nachhaltige Beschäftigung unter Einhaltung hoher sozialer und gesundheitlicher Standards für die ArbeitnehmerInnen und unter Beibehaltung der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen erreicht werden kann.
- **Qualitativ:** Jeder Arbeitsplatz - egal ob hoch oder niedrig qualifiziert - soll den Entwicklungen des Arbeitsmarktes entsprechend, folgende Voraussetzungen erfüllen:

- ein Mindestmaß an materieller und sozialer Sicherheit garantieren,
- die Gesundheit nicht gefährden, sowie die Leistungsfähigkeit aller ArbeitnehmerInnen erhalten,
- Anpassungen und Ausbau der beruflichen Qualifikationen ermöglichen,
- frei von Diskriminierung sein und
- geschlechter- wie alter(n)sgerecht und lebensphasenorientiert ausgerichtet sein.

Trends, die die Erfüllung dieser Anforderungen in Frage stellen, sollen erkannt und gestoppt werden. Atypische Arbeitsverhältnisse dürfen nicht die Regel werden. Flexibilisierung ist sinnvoll, wenn sie dem Wunsch von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen entspricht. Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sollen merklich verringert werden. Soweit er auf die unterschiedliche Entlohnung für gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen zurückzuführen ist, muss der Gender Pay Gap geschlossen werden.

- **Perspektivisch:** Während die allein die demografische Entwicklung jahrzehntelang zu einem Ansteigen des Arbeitskräfteangebotes geführt hat, werden bereits in wenigen Jahren geburtenschwächere Jahrgänge in den Arbeitsmarkt eintreten. Schon jetzt gilt es Überlegungen anzustellen, welche Maßnahmen notwendig sind, um auch in den nächsten Jahrzehnten nachhaltigen Wohlstand für Frauen und Männer in jedem Alter zu sichern. Dabei soll die richtige Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit gewahrt werden.

2.9.3 Initiativen

Menschen mit Behinderung	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2011
OwnerIn der Initiative: BMASK	PartnerInnen: Länder, Sozialpartner, Behindertenverbände	
<p>Kurzbeschreibung: Unter Federführung des BMASK soll bis Ende 2011 der Nationale Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen (NAP Behinderung) 2011 - 2020 erstellt werden. Er soll die Leitlinien der österr. Behindertenpolitik für die Jahre 2011 bis 2020 beibehalten und weiterentwickeln. Er ist vor allem vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention zu sehen. Im Sinne dieser Konvention werden auch die Organisationen von Menschen mit Behinderungen in die Erstellung des Planes intensiv eingebunden. Ziel ist dadurch und durch die Abstimmung mit allen Ressorts auf Bundesebene sowie mit den Ländern und NGOs, eine breite unterstützende Basis für die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zu erreichen.</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Februar 2011: Erste Arbeitstagung zur Erstellung des NAP ➤ 2. Hälfte 2011: Zweite Arbeitstagung, danach Abstimmung des Entwurfes mit den Ressorts, den Ländern und der Zivilgesellschaft (insbesondere den Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderung) 		

➤ Ende 2011: Beschluss des NAP Behinderung durch die Bundesregierung

Wirkungen und Mehrwert: Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und Steigerung der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderungen, deren Potentiale derzeit noch immer zu wenig genutzt werden und an deren Bedürfnisse Arbeitsbedingungen noch immer zu wenig ausgerichtet werden. So sollen sowohl die ökonomischen, als auch die sozialen Aspekte der Behindertenpolitik ausreichend berücksichtigt und gefördert werden – auf dem Weg hin zu mehr und nachhaltigerer Selbstbestimmung und Inklusion für Menschen mit Behinderung.

Gütesiegel NESTOR^{GOLD}	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2008
OwnerIn der Initiative: BMASK	PartnerInnen: BMWFJ, ÖGB, AK, WKÖ, IV, AMS, GPA	
<p>Kurzbeschreibung: Gütesiegel NESTOR^{GOLD} ist ein Gütesiegel für österreichische Unternehmen und Organisationen, die auf die unterschiedlichen Potentiale und Bedürfnisse von Frauen und Männern in verschiedenen Lebensphasen eingehen sowie den intergenerativen Dialog fördern und sich einem Zertifizierungsprozess unterziehen. Mithilfe eines speziell entwickelten Indikatorensystems kann die geschlechtergerechte, alter(n)sgerechte Ausrichtung bewertet werden.</p> <p>Ziel ist es, in Organisationen und Unternehmen das Bewusstsein für den besonderen Wert älterer ArbeitnehmerInnen zu stärken die Umsetzung konkreter Maßnahmen für ältereMitarbeiterInnen zu fördern, um damit den Verbleib der weiblichen und männlichen Erwerbstätigen im Arbeitsprozess bis zum gesetzlich vorgegebenen Pensionsalter optimal zu unterstützen und ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das gleichzeitig auch für Jüngere attraktiv ist.</p> <p>Nächste Verleihung des Gütesiegels durch den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ist für 2012, dem „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ geplant. S.a.: www.nestorgold.at</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Jänner 2010: Nominierung der Mitglieder zum NESTOR^{GOLD}-Zertifizierungsbeirat (vormals Entwicklungsbeirat)➤ Februar 2010: Erstmalige Verleihung des Gütesiegels durch HBM an 3 Pilotbetriebe➤ Juni 2010: Festlegung eines durch den Zertifizierungsbeirat und ExpertInnen für Alter(n)smanagement entwickelten Curriculums für die Ausbildung neuer NESTOR^{GOLD}-AssessorInnen➤ 15.11.2010: Infoveranstaltung zum Gütesiegel NESTOR^{GOLD} im BMASK zum Auftakt der neuerlichen Bewerbungsphase➤ Februar 2011: Erste NESTOR^{GOLD}-AssessorInnen schließen Ausbildung ab➤ März 2011: Relaunch der Webseite www.nestorgold.at➤ Herbst 2011 und Frühjahr 2012: Zwei Informationsveranstaltungen zum NESTOR^{GOLD} in den Bundesländern Stmk und OÖ➤ 2012: Nächste Verleihung des Gütesiegels NESTOR^{GOLD} durch HBM		

Wirkungen und Mehrwert:

- Vorbereitung und Unterstützung der Unternehmen und Organisationen auf den demographischen Wandel und die Zunahme älterer ArbeitnehmerInnen in den Jahren 2015 bis 2035
- Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und Hervorhebung des besonderen Wertes älterer ArbeitnehmerInnen beider Geschlechter

Österreichische Arbeitsschutzstrategie 2007 bis 2012	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: von 2007 bis 2012
OwnerIn der Initiative: BMASK	PartnerInnen: BMVIT, Länder, Sozialpartner, alle Unfallversicherungsträger, LFI, AI	
<p>Kurzbeschreibung: Die Österreichische Arbeitsschutzstrategie 2007-2012 stellt eine gemeinsame Resolution von 12 Institutionen dar. Sie umfassen zwei Ministerien (BMASK, BMVIT), Interessensvertretungen (BAK, ÖGB, WKÖ, IV, Landwirtschaftskammer, Landarbeiterkammertag) und Unfallversicherungsträger (AUVA, VAEB, SVB, BVA). Die Hauptziele der Strategie unter Berücksichtigung von Gender- und Altersaspekten im Hinblick auf Nachhaltigkeit sind Bündelung der Ressourcen, Bildung von Netzwerken und Kooperationen (national und regional in den Bundesländern), Reduktion von Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Erkrankungen und Berufskrankheiten. Die Struktur für eine aktive Kooperation umfasst den ArbeitnehmerInnenschutzbeirat mit Fachausschuss und fünf Arbeitsgruppen für fünf spezifische Themenfelder und regional in 19 Arbeitsinspektoraten.</p> <p>Zur Arbeitsschutzstrategie s.u.: http://www.arbeitsinspektion.gv.at/AI/Arbeitsschutz/strategie/default.htm</p> <p>Zu Good und Best Practice s.u.: http://www.arbeitsinspektion.gv.at/AI/Arbeitsschutz/GoodPractice/default.htm</p>		
Meilensteine:		
<ul style="list-style-type: none">➤ März 2010: Halbzeitprüfung der nationalen Strategie und EU-Gemeinschaftsstrategie➤ Mai 2013: Abschluss der Endprüfung der nationalen Strategie (relevante statistische Daten für 2011 frühestens im Mai 2013 verfügbar)		
Wirkungen und Mehrwert:		
<ul style="list-style-type: none">➤ Nachhaltige Verbesserung von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit➤ Reduktion von Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Erkrankungen und Berufskrankheiten, um nicht nur menschliches Leid der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu vermeiden, sondern auch betriebs- und volkswirtschaftliche Kosten senken➤ Bildung von Netzwerken und Kooperationen (national und regional in den Bundesländern) zur Nutzung und Bündelung von Ressourcen im Arbeitnehmer/innenschutz		

Nationaler Aktionsplan Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt	Status: Umsetzung läuft	Laufzeit: seit 2010
OwnerIn der Initiative: BKA-Frauen	PartnerInnen: Alle Ressorts, Länder, Gemeinden, Sozialpartner, TEPs, AMS etc.	
<p>Kurzbeschreibung: Im Juni 2010 wurde der Nationale Aktionsplan von der Bundesministerin für Frauen zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt veröffentlicht.</p> <p>Der NAP beinhaltet vier strategische Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Diversifizierung von Ausbildungswegen und Berufswahl, ➤ Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und der Vollzeitbeschäftigung von Frauen, ➤ Mehr Frauen in Führungspositionen und ➤ Einkommensschere von Frauen und Männern schließen. <p>Das umfassende Paket von 55 konkreten Maßnahmen wurde unter Einbindung aller Ressorts, der Bundesländer, der Sozialpartner, von NGOs, Unternehmen und WissenschaftlerInnen erarbeitet. S.u.: http://www.frauen.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=40025</p>		
<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ab November 2010: Informationsoffensive für mehr Väterkarenz in der Wirtschaft; Website der Frauenministerin: http://www.maennerinkarenz.at/ ➤ Seit 1. Jänner 2011: „Papamonat“ im öffentlichen Dienst: Rechtsanspruch für Väter im öffentlichen Dienst auf eine unbezahlte Karenz von max. 4 Wochen während des Mutterschutzes ➤ Seit 1. März 2011: Durch eine Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes werden Unternehmen mittels eines Stufenplans (ab 2011 Unternehmen >1000 ArbeitnehmerInnen (AN); ab 2012 Unternehmen >500 AN; ab 2013 Unternehmen >250 AN und ab 2014 Unternehmen >150 AN) verpflichtet, betriebsinterne Einkommensberichte durchzuführen. Für die Aufsichtsgremien staatsnaher Unternehmen hat die Bundesregierung eine konkrete Frauenquote beschlossen. Der Stufenplan sieht einen Frauenanteil an den Aufsichtsratsmitgliedern, die der Bund entsendet, von 25 Prozent bis 2013 und von 35 Prozent bis 2018 vor ➤ Laufend: Ausbau des bundesweiten flächendeckenden Angebots an qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen 		
<p>Wirkungen und Mehrwert: Wichtiger politischer Beitrag zur Verbesserung der Position der Frauen am Arbeitsmarkt und zur Erreichung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.</p>		